

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 926.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 274.

Sonntag, den 23. November 1902.

9. Jahrgang.

Hierzu zwei Beilagen und „Die Neue Welt“.

Früh auf zum lustigen Jagen!

Berlin, den 15. November 1902.

Hochgeehrter Herr!

Die Sozialdemokratie erzielte bei den Reichstagswahlen		
1881	1884	1887
312 000	550 000	763 000
1890	1893	1898
1 427 000	1 787 000	2 112 000

Stimmen und dürfte bei der bevorstehenden Reichstagswahl, selbst wenn das Wachstum der Partei nur dasselbe wie bisher bleibt, etwa 2 1/2 Millionen Stimmen erhalten — die Sozialdemokratie rechnet sogar, wie ihre Wortführer auf dem Münchener Parteitage wiederholt erklärt haben, auf mehr als 3 Millionen. Die Sozialistenpartei wird damit in noch viel mehr Wahlkreisen als 1898 in die Stichwahl kommen und erwartet im zweiten Wahlgange infolge der viel stärkeren als bisher zugespitzten wirtschaftlichen, konfessionellen und nationalen Gegensätze zwischen den nichtsozialistischen Parteien auch in solchen Kreisen den Sieg zu erreichen, in denen das bisher undenkbar war.

Hierzu muß leider bemerkt werden, daß die Zahl der sozialdemokratischen Reichstags-Mandate, die zur Zeit bereits 58 beträgt, sich bei der nächstjährigen Wahl bedeutend erhöhen, und daß damit der Einfluß der sozialdemokratischen Partei, der sich schon jetzt im Reichstage stark fühlbar macht, noch wesentlich vermehrt werden wird. Welche Gefahr aber damit verbunden wäre, wenn etwa die Sozialdemokratie im deutschen Reichstage eine maßgebende Stellung erlangen würde, bedarf nicht der näheren Ausführung.

Einer solchen Gefahr mit allen Kräften vorzubeugen, ist eine Pflicht, deren Erfüllung aus nationalen, sozialen, wirtschaftlichen und sittlichen Gründen geboten ist. Vor allem gilt es, für gründliche, sachliche Aufklärung der gesamten Bevölkerung über die Unwahrheit der landläufigen sozialdemokratischen Behauptungen Sorge zu tragen, was bisher nur allzu sehr vernachlässigt worden ist. In der Anlage beehren wir uns, Ihnen Abzüge einer in drei Ausgaben erschienenen Schrift zu übergeben, die dazu bestimmt ist, in allen Wahlkreisen, in denen es sich um den Kampf gegen die Sozialdemokratie handelt, sämtlichen Wahlberechtigten zugestellt zu werden; die drei Ausgaben sollen je nach den besonderen Verhältnissen der einzelnen Wahlkreise zur Verwendung kommen. Diese Schrift hat den Beifall der Sachverständigen verschiedenster Parteirichtungen gefunden und es steht zu hoffen, daß ihre klaren Ausführungen gegenüber der sozialdemokratischen Agitation und Hetze in den Kreisen der Arbeiter nicht ohne Wirkung bleiben werden.

Die Zahl der in Betracht kommenden Wahlkreise beträgt 263 mit 8 1/2 Millionen Wahlberechtigten. Die Kosten für Druck und Verteilung etwa einer halben Million Exemplare sind bereits gedeckt. Es handelt sich noch um die Aufbringung der Mittel für den Druck und die Verteilung von 3 Millionen Exemplaren der großen, 3 Millionen der mittleren und 2 Millionen der kleinen Ausgabe, wofür nach sachverständiger Berechnung, die auf Wunsch zur Verfügung steht, insgesamt 300 000 Mark erforderlich sind. Demgemäß gelangt vorliegendes Rundschreiben an die für die betr. Städte, Bezirke, Arbeitszweige usw. maßgebenden Herren bzw. Firmen, die hierdurch ergebenst gebeten werden, unter Mitwirkung der ihnen nah stehenden Kreise je 500 Mark aufzubringen und an den mitunterzeichneten Architekten König, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Baugewerksmeister, Berlin S W, Anhaltstr. 15, einzusenden. Das im Einzelfalle zu leistende Opfer darf als verhältnismäßig nicht groß im Hinblick darauf bezeichnet werden, daß die deutschen Anhänger der Sozialdemokratie, die doch meist nur über geringe Mittel verfügen, für ihre Partei nachgewiesenermaßen alljährlich 5 bis 6 Millionen Mark an Beiträgen aller Art zahlen.

Se. Majestät der Kaiser hat wiederholt in martigen Worten zum thatkräftigen Kampf gegen die Sozialdemokratie aufgerufen. Es ist hohe Zeit, diesen Appell zu beherzigen. Wenn der unausgesetzten, rührigen und geschickten Agitation der Sozialisten auch jetzt nicht in umfassender und durchgreifender Weise entgegengearbeitet wird, wird es bald zu spät sein. Wir hoffen deshalb, daß die Herren Empfänger dieses Rundschreibens unserer ergebenen Bitte ausnahmslos zu entsprechen die Güte haben werden. Ein eingehender Bericht über die ganze Veranstaltung nebst Rechenstiftungs-Abfrage wird allen Betheiligten zugehen.

Wir bitten ergebenst um thätigste Beteiligung der Sache, da mit der in den Grundzügen bereits festgelegten Verteilungsorganisation an derartig vorgegangen werden muß, um die Massenverbreitung läckenlos und so rechtzeitig bewirken zu können, daß die Wirkung nicht verfehlt wird. Es bedarf nicht der Ausführung, daß es sich hier um eine außerordentlich umfangreiche und nur von langer Hand sachgemäß durchzuführende

Arbeit handelt. Die Organisation der Gegner ist bekanntlich bis in's Einzelne und Kleinste musterhaft geregelt.

Auf dem kürzlich in München abgehaltenen sozialdemokratischen Parteitage erklärte der Vorsitzende Abg. Singer: „Wir wollen Alles aufbieten, um in die gesetzgebenden Körperschaften eine so stattliche Zahl von Sozialdemokraten hineinzubringen, daß man ohne die Sozialdemokratie in Deutschland nichts mehr machen kann, auch keine Gesetze.“ Und der Führer der deutschen Sozialisten, der Abg. Bebel, sagte: „Es ist unsere dringende Pflicht, ungehäumt, ohne auch nur einen Tag zu zögern, in die Wahltagung einzutreten.“ Unter brausendem Jubel seiner Genossen rief Bebel aus: „In dem beginnenden Wahlkampf müssen wir unsere vollste Schuldbigkeit leisten bis zur völligen Erschöpfung unserer physischen und moralischen Kräfte.“ — Wohlan, möge dem seitens der Feinde der bestehenden Ordnung uns angefeindigten heftigen Ansturm durch umfassende Belehrung der breitesten Wählermassen über die Wertlosigkeit des sozialistischen Programms begegnet werden!

Indem wir auf Ihre gütige Mitwirkung hoffen, haben wir die Ehre zu zeichnen

mit vorzüglicher Hochachtung ergebenst

Legationsrath a. D. Graf von Arnim-Muskau, Mitglied des Reichstags, Rittergutsbesitzer von Arnim-Güterberg, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, Generaldirektor Kommerzienrath Baare, Bochum, Gruben- und Rittergutsbesitzer Bauermeister, Mitglied des Reichstags, Ritterfeld, Generaldirektor Berggrath Behrens, Herne i. W., Geh. Ober-Regierungsrath Graf von Bernstorff, Mitglied des Reichstags, Berlin, Generalsekretär Dr. Beumer, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten, Düsseldorf, Kommerzienrath Boeddinghaus, Vorsitzender der Handelskammer, Elberfeld, Handelskammerpräsident Dr. Freiherr von Boenigk, Halberstadt, Fabrikdirektor Dr. Böttlinger, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Elberfeld, Landrath Dr. von Borries, Herford, Kommerzienrath Buchwald, Großenhain, Rittergutsbesitzer von Carlowitz, Kleindehja b. Löbau i. Sachsen, Generaldirektor Kommerzienrath Claus, Thale a. H., Geh. Kommerzienrath Dehlius, Vorsitzender der Handelskammer, Aachen, Landesältester Major a. D. Freiherr von Durant, Mitglied des Herrenhauses, Baranowitz i. Schl., Handelsrichter Ebel, Vorsitzender der Handelskammer, Halberstadt, Handelskammerpräsident Justizrath Dr. Eckels, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Göttingen, Fabrikbesitzer Eckert, Vorsitzender der Handelskammer, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Potsdam, Rittergutsbesitzer von Eichel, Vorsitzender des Landwirtschaftsraths für das Herzogthum Meiningen, Marisfeld in Thüringen, Fabrikbesitzer Faber, Mitglied des Reichstags, Forchheim in Bayern, Fabrikbesitzer Julius Forksmann, Werden a. d. Ruhr, Kommerzienrath Fris Friedländer, Berlin, Kommerzienrath Fromberg, Berlin, Kommerzienrath Funke, Jagen i. W., Oberbürgermeister Fürbringer, Gmden, Regierungsrath Glagel, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Lillit, Fabrikbesitzer Dr. K. Goldschmidt, Essen, Generaldirektor Kommerzienrath Haarmann, Osnabrück, Gemeinderath Major a. D. von Jagen, Weimar, Landrath Dr. Hammerichmidt, Gelsenkirchen, Geh. Kommerzienrath Generalkonjul von Hausemann, Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft, Berlin, Geh. Oberregierungsrath Hempenmacher, Staatskommissar bei der Berliner Börse, Handelskammerpräsident Dr. Herrl, Chemnitz, Bergwerksdirektor Hilck, Mitglied des Reichstags, Berlin, Handelskammerpräsident Hirsch, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Essen, Kommerzienrath Dr. Holz, Berlin, Gutsbesitzer Hönig, Mitglied des Reichstags, Sommerdorf, Prov. Sachsen, Fabrikbesitzer Ernst Hufmann, Werden a. d. Ruhr, Schneidermeister Jacobskötter, Mitglied des Reichstags, Erfurt, Geheimer Finanzrath Jenke, Dresden, Wirkl. Geh. Rath Färlt zu Junn- und Kuyphausen, Mitglied des Reichstags und des Herrenhauses, Lübburg i. Hann., Majoratsbesitzer Graf von Kanitz-Bodungen, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten, Stadtrath und Berggrath Kleine, Dortmund, R. Koch, Direktor der Deutschen Bank, Berlin, Architekt König, Geschäftsführer des Verbandes deutscher Baugewerksmeister, Berlin, Graf von Königsmark, Mitglied des Herrenhauses, Plaue a. d. H., Kommerzienrath Körting, Körtingsdorf bei Hannover, Wirkl. Geh. Oberregierungsrath Krausold, Präsident der Kgl. Eisenbahndirektion Berlin, Fabrikbesitzer Kravinkel, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Wallmerhausen, Bez. Köln, Generalleutnant z. D. Krüger, Leipzig, Oberbürgermeister Lehr, Duisburg, Wirkl. Geh. Rath Graf zu Limburg-Sturum, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten, Gr.-Peterwitz i. Schl., Geh. Kommerzienrath Konsul Ueber, Vorsitzender der Handelskammer, Dresden, Geh. Kommerzienrath Lucius, Vorsitzender der Handelskammer, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Erfurt, Ingenieur Macco, Geschäftsführer der Handelskammer, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Siegen, Rittergutsbesitzer Oberit a. D. von Maslow, Mitglied des Reichstags, Arnheim i. Ostpr., Landrath Dr. von Meißner, Gumburg v. d. Höhe, Stadtrath Dr. von Meißner, Berggrath Merbach, Freiburg i. S., Ritterguts-

besitzer Graf von Mirbach, Mitglied des Herrenhauses, Sorquitten i. Ostpr., Oberbürgermeister Morneweg, Darmstadt, Rittergutsbesitzer Oberstleutnant a. D. von Norman, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten, Barlow b. Plathe i. Bonn, Kommerzienrath Generalkonjul Ritter von Oldenburg, München, Geh. Regierungsrath Prof. Dr. Baasche, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten, Berlin, Stadtrath und Direktor Baasche, Leipzig, Rittermeister a. D. Praetorius, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten, Berlin, Oberbürgermeister Quentin, Mitglied des Reichstags, Herford, Stadtrath und Kommerzienrath Ramdohr, Aicherleben, Domänenrath Rettich, Mitglied des Reichstags, Kollod., Fabrikdirektor Baurath Dr. Rieppel, Nürnberg, Fabrikbesitzer G. A. Scheidt, Kettwig a. Rh., Fabrikdirektor Schelhaas, Hirschberg i. Schl., Kommerzienrath Schlumberger, Mitglied des Reichstags, Mülhausen i. E., Berggrath Schrader, Ober-Berg- und Hütten-Direktor der Mansfeldischen Gewerkschaft, Eisleben, Graf von Schwerin-Löwik, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten, Vorsitzender des Deutschen Landwirtschaftsraths, Kommerzienrath Seyffardt, Vorsitzender der Handelskammer, Krefeld, Rittergutsbesitzer Sieg, Mitglied des Reichstags und des Hauses der Abgeordneten, Macquien i. Westpr., Landesältester Fideikommissbesitzer Graf von Zieles-Windler, Mitglied des Herrenhauses, Woschler i. Oberchl., Geh. Kommerzienrath Vogel, Chemnitz, Güttenbesitzer Popelius, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Sulzbach b. Saarbrücken, Kommerzienrath Vorster, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Köln a. Rh., Kommerzienrath Gewerke D. Waldbausen, Essen, Handelskammer-Vorsitzender Geh. Kommerzienrath Dr. Wehstky, Wüstewaltersdorf i. Schl., Kommerzienrath Weiland, Vorsitzender der Handelskammer Siegen, Handelskammerpräsident Dr. Wiebe, Bochum, Geh. Kommerzienrath Wirth, Berlin, Seehandlungspräsident a. D. Freiherr von Zedlitz-Neukirch, Mitglied des Hauses der Abgeordneten, Berlin, Fideikommissbesitzer Ehren-Commandator und Stiftshauptmann D. Graf von Zietzen-Schwerin, Mitglied des Herrenhauses, Wustrau i. M.

Parteigenossen!

Das vorstehend abgedruckte Rundschreiben — das wieder einmal ein günstiger Wind einem unserer Parteigenossen auf den Schreibtisch wehte — werdet Ihr mit ebensoviel Interesse wie Vergnügen gelesen haben.

Der Hauptschlag, den unsere verringerten Gegner im nächsten Wahlkampf wider uns zu führen hoffen, ist entdeckt. Wir sind nicht nur in den Besitz des Rundschreibens, sondern auch in den Besitz der Broschüren gelangt, welche die verringerten Scharfmacher ihren Klaffengenossen als „Sozialistenrod“ zur Verbreitung empfehlen. An der entsprechenden Antwort von unserer Seite wird es nicht fehlen.

„Juden und Judengenossen“, um im Lure eines Konjunktiven zu sprechen, reichen sich wider uns die Hände. Die Herren der Börse stehen Arm in Arm mit den feudalen Ueberhöltern wider uns im Bunde. Soweit die Unterzeichner des Rundschreibens Mitglieder des Reichstags sind, gehören sie den Parteien an, die eben mit allen Kräften zu Gebote stehenden Mitteln arbeiten, um den berüchtigten Wuchertarif dem deutschen Volke als Angebinde auf den Weihnachtstisch zu legen.

Sie können mit Recht sagen: „O du selige, o du frohliche, gnadenbringende Weihnachtszeit!“

Das Glend der Millionen, die unter dieser Gnade für unsere Junker und Junkerengenossen keuzen und hungern werden, kimmert diese Edelsten der Nation ebenso wenig, wie die Herren der Börse, die im Golde schwimmen.

Diese eine That charakterisiert diese Gesellschaft, vom Reichstags-Abgeordneten Grafen v. Arnim-Muskau bis zum Herrenhausmitglied Graf v. Zietzen-Schwerin besser, als lange Artikel es vermöchten. Daß diese Gesellschaft sich herausnimmt, im Namen des Patriotismus, ja sogar im Namen der Sittlichkeit — warum nicht auch im Namen der Religion — zum Kampfe wider die Sozialdemokratie aufzurufen, kann nur ein homerisches Gelächter hervorrufen, wo immer deutsche Proletarier das obige Rundschreiben lesen.

Parteigenossen! Auf diese Herausforderung unserer grimmigsten Feinde giebt es nur eine Antwort. Wir müssen ohne Raft und ohne Ruh den Wahlkampf aufs vorzüglichste organisiren in allen Wahlkreisen, in welches wir Anhänger haben. Wir müssen unausgesetzt Mittel sammeln, wo immer die Gelegenheit sich bietet.

Thun wir alle unsere Schuldbigkeit, so stellen wir den 300 000 Mk., die unsere Feinde zur Verwendung gegen uns zu sammeln sich bemühen, Millionen gegenüber. Die klaffenbewußten Arbeiter Deutschlands haben alle Zeit verstanden, in bewundernswerther Weise für ihre Ideale zu opfern, das erkennen selbst unsere Feinde in dem oben veröffentlichten Rundschreiben an.

Zeigen wir, daß sie auch diesmal sich nicht in uns getäuscht haben. Wie immer die Noth der Zeit auf Hunderttausende von Euch drückt und schwer auf Euch lastet, andere

Hunderttausende werden noch die Mittel finden, deren wir bedürfen, um einen Wahlkampf zu führen, wie bisher keiner geführt worden ist. Sieht der Einzelne auch wenig, die Masse der Opfernden bringt viel.

Zum Kriegsführen gehört vor allem Geld und der nächste Wahlkampf ist ein Krieg, in dem sehr vieles auf dem Spiele steht, wenn er nicht mit einem glänzenden Siege der Sozialdemokratie endet.

Parteilgenossen! Geht ohne Zögern ans Werk! Organisiert und agitiert für die große Schlacht, die der nächste Juni uns bringt! Arbeitet für unsere gemeinsame Sache mit aller Begeisterung, die ein großes die Menschheit befreiendes Ziel uns giebt!

Unser Schlachtruf sei: Nieder mit unseren Feinden! Hoch die Sozialdemokratie!

Berlin, den 21. November 1902.

Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstags.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Die „Verständigungsaktion“, richtiger der Kuhhandel, steht noch immer auf dem alten Fleck; ein wesentlicher Fortschritt ist, da der Reichstagsler nicht nachgeben will, nicht zu konstatieren. Die Mehrheitsparteien wollen neuerdings mit dem Umfassen bis nach der Beendigung der 2. Lesung des Tarifs warten.

Nationalliberal. Das Wort nationalliberal ist in unserm — mit Verlaub zu sagen — politischen Leben nachgerade der Substanz aller Charakterlosigkeit und Untreue geworden. Wie berechtigt diese Auffassung ist, das geht aus folgender Gegenüberstellung der „Berliner Volksztg.“ hervor:

Aus dem Aufruf des Handelsvertragsvereins August 1901.

Der Entwurf des neuen Zolltarifs ist veröffentlicht. Die feste Hoffnung des deutschen Volkes auf Fortführung der deutschen Handelsvertragspolitik ist durch ihn vernichtet.

Die Hoffnung, daß die Regierung das Wert der Handelsverträge fortführen werde, ist mit der Veröffentlichung des neuen Tarifentwurfes geschwunden.

Wenigen Großgrundbesitzern zu Liebe soll das Deutsche Reich auf die Bahn eines verhängnisvollen Wagnisses gedrängt werden. So droht uns eine Periode der Zollkriege, zum Mindesten eine Zeit wachsender gegenseitiger Abwertung. Eine beispiellose Krise muß die Folge einer derartigen Politik sein.

gez.: Dr. Brund-Ludwigshafen.
gez.: Dr. Köllinger-Elberfeld.
gez.: Dr. Martinus-Berlin.

Nebenbei bemerkt, das sind die nämlichen Größen, deren ansässige Prekariat lächerlich auf die „Öffentlichkeit“ schimpfen, die „Wurde des Reichstags“ verhöhnen und nach einem neuen Ausnahmengesetz streben.

Bei den Landtagswahlen in Mahall gelang es, wie hiesige Blätter zu berichten wissen, unseren Genossen, drei Kandidaten durchzubringen.

Zum Wort auf der „Vorelei“ wird aus Athen noch gemeldet: Kofler wiederholte in Gegenwart des Unterkonsuln der „Vorelei“ und des deutschen Konsuls vor dem Untertanzschlichter seine erste Ansage, daß er allein die Last begeben habe. Er habe die Schiffslaste stecken wollen. In der Eile habe er den betreffenden Kasten mit dem Kopfen, welcher die Dokumente enthielt, verwechselt. Der Sekretär wurde hierauf als Vord der „Vorelei“ eingekerkert.

Finnland.

Die Hungernöth soll nach dem „Niss. Javalid“ bei Weitem größer als 1900 und das Elend der Bevölkerung juchbar sein. Millionen seien zu seiner Linderung erforderlich und in Folge schlechter Lage der Jahresfrucht sei keine Aussicht auf Ueberweisung von Arbeit an die Rothleidenden vorhanden.

Rußland.

In lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt. Die Offizier gewendet wird, ist der Dichter Katschura, der im August 1902 im Kosch-Garten in Charkow ein Attentat auf den Gouverneur, Fürst Goltzsch, verübte, in letzter Stunde noch auf ein Gesetz des Gouvernements vom Jaren begnadigt wurde. Die russische Regierung des „Hamburger Couriers“, wozu Katschura bereits am 7. November hingerichtet sein sollte, entsprach also nicht den Hoffnungen.

Oesterreich-Ungarn.

Abkündigung des Handelsvertrages mit Italien? Nach einer Mitteilung der „N. Fr.“ wird Oesterreich von der Handelsregierung mit Italien wegen der Vertragsabkündigung vorläufig zu Ende dieses Jahres kündigen.

Äfrika.

Schwebewegung im Nizunggebiet. Das „Australische Bureau“ meldet aus Johannesburg vom 21. November: In

Wilwaterstrand ist unter den Arbeitern eine Bewegung im Gange, die eine Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden bezweckt. Die in den Minen beschäftigten Zimmerleute haben eine entsprechende Forderung bereits gestellt. Andere Arbeitergruppen dürften folgen.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonnabend, den 22. November.

Achtung, Maurer! Der Arbeitsnachweis in der Fischgrube sucht Maurer nach dem Stanz- und Emailierwerk von E. Thiel u. Söhne zu einem Stundenlohn von 45 Pfg. und Unterwerfung unter die Fabrikordnung. Wir machen die Kollegen deshalb auf den Beschluß der letzten Versammlung aufmerksam, wonach Kollegen, die gewillt sind, bei Thiel u. Söhne in Arbeit zu treten, bei der Lohnkommission Erkundigungen einzuziehen haben. Die Lohnkommission.

Mit den Finanz- und Steuerverhältnissen Lübecks beschäftigte sich die letzte, von nur einigen zwanzig Mann besetzte Hauptversammlung des Bürgerrechtsvereins. Der Bericht über diese Versammlung bietet nun einen interessanten Einblick in die Anschauungen mancher Leute. Von Seiten eines Herrn Schwarz war die von uns getheilte Meinung vertreten worden, daß diejenigen Einwohner, die mit einem Einkommen bis zu 1200 Mark eine Familie zu ernähren hätten, steuerfrei bleiben sollten, daß dagegen die geplante Erhöhung der Einkommensteuer erst bei einem Einkommen von über 5000 Mark zur Anwendung kommen sollte. Auch empfahl dieser Herr die Einführung einer Dividendensteuer, nach welcher Dividenden über 5 Prozent besonders versteuert werden sollen. Herr Grünau bekannte sich als Anhänger der progressiven Einkommensteuer und einer Steuererhöhung für alkoholhaltige Getränke. Diese Neuerungen erregten den Unwillen des nach seiner Meinung allgewaltigen Herrn Stender, der sich in seiner Eigenschaft als Bürgerchaftsmittglied schon als ein kleiner Herrgott fühlte. Er weiterte gegen eine progressive Einkommensteuer, sowie gegen eine Dividendensteuer und fand es ganz gerecht, daß auch die Einkommen unter 1200 Mark zur Steuer herangezogen würden. Denn wenn man gar nichts bezahle, dann habe man — so meinte der rebellische Herr — kein gewisses Recht an dem Staat: was der Staat bei den kleinen Steuerfälligen fordere, könne man ruhig gewähren. In seinen weiteren Ausführungen bezeichnete er die Veräußerungsabgabe bei Grundstücken als eine ungerechte Steuer und brachte dafür eine Spekulantensteuer in Vorschlag, ohne letzteren näher zu begründen. — Es wirkt recht erheitend, wenn man liest, daß eine Vereinigung, die in ihrer Hauptversammlung nur mit einigen zwanzig Mann glänzt, im Ernst an die Ausübung eines Einflusses auf unsere Steuerverhältnisse denkt. Diese erheitende Wirkung aber wird noch erhöht durch den Umstand, daß unser Freund Stender den Alles nach dem bekannten Grundsatz: „Wah! mir den Pels, aber mach' ihn nicht nah!“ beiseite will. Bezeichnend für diesen Herrn ist es, daß er die Veräußerungsabgabe bei Grundstücken, durch welche doch sicherlich arme Leute getroffen werden, als ungerecht bezeichnet, dagegen die Besteuerung eines Mannes, der mit seinem Einkommen unter 1200 Mk. eine mehrköpfige Familie ernähren muß, für völlig gerecht hält. Natürlich wird im ersteren Falle Herrn Stenders Geldbeutel mehr oder weniger von der Abgabe betroffen, im letzteren Falle aber nicht. Es ist ja auch sehr angenehm, wenn man die Staatslasten auf die breiten Schultern des Volkes abwälzen kann. Den Vorschlag auf Erhebung einer Spekulantensteuer können wir mit dem besten Willen nicht ernst nehmen; da sich hier gar keine Grenze ziehen läßt, könnte sich vielleicht einmal der Fall ereignen, daß auch Herr Stender als Spekulant bezeichnet würde und dann müßte auch er diese Steuern entrichten. Deshalb ist hier Vorschlag für Herrn Stender doppelt geboten. — Dem Vorschlag auf Erhöhung der Steuer für alkoholhaltige Getränke können wir unter keinen Umständen zustimmen; bedeutet er doch eine neue indirekte Belastung des arbeitenden Volkes. Im Uebrigen würde der jedenfalls geplante Nebenweg, dem übermäßigen Alkoholgenuß vorzubeugen, durch solche Maßnahmen sicherlich nicht erreicht werden. Acceptabel erscheint uns dagegen der Vorschlag einer Dividendensteuer; wir hegen nur insofern Bedenken, als wir der Ansicht sind, daß es bei Einführung einer Steuer auf Dividenden über 5 pCt. schließlich gar keine Gesellschaften mit mehr als 5 pCt. Dividendenvertheilung geben wird. Man wird so lange huchen und abschreiben, bis die 5 pCt. da sind! Der einzigste Ausweg, um aus der heutigen Geldklemme herauszukommen, ist die Einführung einer progressiven stufenweis steigenden Einkommensteuer und eine anderweitige Regelung der Erbschaftsteuer, wie wir sie kürzlich in Vorschlag brachten. — Die Bürgerchaftswähler aber erleben aus diesem Versammlungsbereicht, daß es in den Reihen der Bürgerrechtsvereiner recht unruhige Klammern giebt, die dem Volke immer neue Steuern aufhalsen wollen. Mögen sie deshalb bei der nächstjährigen Bürgerchaftswahl hieraus die nötigen Konsequenzen ziehen.

Die Direktion der Lübeck-Büchener Eisenbahn will den berechtigten Wünschen ihrer Beamten um eine Gehaltsaufbesserung anscheinend nicht nachkommen. Vielleicht auch nur eine Aufbesserung der Gehälter um 30—50 Mk. vornehmen. Durch die hiesigen Dienststellenwortführer nämlich ist, wie wir erfahren, den Beamten nachstehende Verfügung zur Kenntnissnahme unterbreitet worden:

An sämtliche Dienststellen Lübeck.

Die gestrige Ausgabe des hies. „Gen.-Anz.“ enthielt eine Mitteilung über die von den hies. Dienststellen an uns eingereichten Gesuche um Erhöhung Ihrer Bezahlung. Wir haben mit Mißfallen von dem Hineinziehen dieser inneren Angelegenheit der Verwaltung in die Öffentlichkeit Kenntnis genommen. Jedem wir bemerken, daß ein derartiger Schritt am wenigsten geeignet ist, den Beziehungen jener Beamten zu einem Erfolge zu verhelfen, veranlassen wir Sie, diese Verfügung zur Kenntniss der Ihnen unterstellten Beamten zu bringen.

Die Direktion.

Schredlich! Warum nur die Geheimräthe eine solche Furcht vor der Öffentlichkeit haben?! Das Großfeuer auf dem Lagerplatz der Firma H. Meyer u. Co. ist noch immer nicht gelöscht, vielmehr bildet die Brandstätte noch immer einen rauchenden Schutthaufen, der einen unangenehmen Geruch verbreitet. Mehrere Feuerwehrlöcher sind ununterbrochen thätig, um

falte Wasserstrahlen in die Trümmerhaufen hineinzu-schleudern. Erschwert wurden die Löscharbeiten am gestrigen Tage dadurch, daß das Wasser, welches nicht in die Gluth hineingelangt, sofort friert. Der Lagerplatz bietet jetzt ein trostloses Bild; halbabgebrannte Säcke mit Lumpen wechseln mit verkohlten Holzstücken ab. Von dem aus Stein erbauten Lagergebäude sind nur die Umfassungsmauern stehen geblieben. So ragen diese denn in Gemeinschaft mit dem hohen Schornstein aus dem Trümmerhaufen empor. Bedauerlich ist es, daß die bei der Firma beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, ca. 60 an der Zahl durch das Feuer brodlos geworden sind und die Zahl der Arbeitslosen noch vermehren. Insbesondere trifft dieser Schlag die armen alten Frauen, welche außer zum Lumpensortiren zu keiner anderen Arbeit mehr fähig sind, recht hart. Uebrigens handelt es sich hier nicht nur um die 60 Arbeiter, sondern auch um eine große Anzahl Hilfsarbeiter, welche bei sich bietender Arbeitsgelegenheit dort beschäftigt waren. — Der Schaden an den Telephonleitungen ist gestern bereits wieder hergestellt worden, so daß also keine wesentliche Störung eingetreten ist. — Ueber den Zusammenstoß der Kaufbrücke wird uns von mehreren Augenzeugen folgende Schilderung gegeben. Auf dem Segler „Alta“ hatte sich eine kolossale Menschenmenge eingefunden, welche das schaurig-schöne Schauspiel beobachteten. Als nun ein junger Mann in den Mastkorb kletterte, wurde er von einem Mann der Besatzung wieder heruntergeholt. Durch Zurufe hierauf aufmerksam gemacht, wollten mehrere am Lande befindliche Freunde des jungen Mannes dem anscheinend Bedrängten zu Hilfe eilen und sprangen in einer Anzahl von 20—30 Mann auf die Kaufbrücke. Infolge der schweren Last und des Trampelens brach nun die Brücke zusammen und mehrere Personen stürzten ins Wasser. Der Dampfer war erst 7—8 Minuten nach dem Unfall zur Stelle; er fand jedoch nichts mehr. — Die weit verbreitete Meinung, daß bei jenem Unfall Menschen ertrunken sind, trifft nach den von uns eingezogenen Erkundigungen glücklicherweise nicht zu.

Die Tagesordnung der am Montag zusammengetretenen Bürgerchaft ist eine äußerst reichhaltige. Dieselbe ist wie folgt festgelegt worden: 1. Mittheilungen des Senates, 2. Anträge des Senates: 1. Verstärkung des Abschnittes XIV der Ausgabenliste des diesjährigen Staatsbudgets, 2. Ankauf der Balkenrugwiesen für den Staat, 3. Vererbepachtung der vormaligen Oberförsterei in Israelsdorf, 4. Errichtung einer zweiten festen Lehrerstelle an der Navigationschule, 5. Aderweilige Gehaltsfeststellung für den Direktor der Gewerbeschule und der Baugewerkschule, 6. Gewährung einer Altersunterstützung an den Majorschiffen am allgemeinen Krankenhaus Hugo Thiele, 7. Verkauf von Ländereien der Armenanstalt in der Vorstadt St. Jürgen, 8. Neubau zweier Arbeiterwohnhäuser auf dem Hofe Grummsee, 9. Pflasterung der Fürstenthor-Allee mit sogenanntem Kleinpflaster, 10. Erweiterung des Bauamtsgebäudes, 11. a) Erlaß einer revidirten Bau-Ordnung für die Stadt Lübeck, deren Vorstädte und Vororte, sowie für Travemünde, nebst Nachtrag zum Gesetze vom 27. Dezember 1893, betreffend den Anbau an Wegen in den Vorstädten; b) Erlaß eines Gesetzes, betreffend die Benutzung der öffentlichen Sielanlagen in der Stadt und den Vorstädten, sowie die Herstellung der Privatstiele daselbst, 12. Kommissionsbericht betr. die Verwendung der vom Staate erworbenen vormaligen Knitrehm'schen Erbpachtsstelle zu Altsfelde.

Stadt-Theater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Sonntag findet eine Wiederholung von Gounod's beliebter Oper „Margarethe“ statt, und zwar wird Fräulein Charlotte Schloß vom Hamburger Stadttheater die Titelrolle singen. Am Montag gelangt „Lanahäuser“ zur abermaligen Aufführung. Als Lannhäuser wird Herr Willy Birrenkopen gastiren. Beide Gastspiele finden, trotz der erhöhten Kosten im Abonnement und ohne Erhöhung der Preise statt.

Das Panorama ladet für kommende Woche zu einer Reise in das Riesengebirge, in das Reich Rübbezahls, ein. Gleich das erste Bild dieses ganz neuen Zyklus, das Schloß Wallenstein zu Friedland, ist von historischer Bedeutung. Der Charakter des Gebirges, das sich zwischen Schlesien und Böhmen hinzieht, ist höchst romantisch. Der höchste Gipfel, die Schneekoppe, ist 5000 Fuß hoch. Die Reise schließt mit Kloster Gräbhu und dem Schloß Fürstentstein, das Hof. Gungl zu seinem schönen Walzer „Die Fürstentsteiner“ begeistert hat.

Konkursöffnung. Ueber das Vermögen des Kaufmannes C. W. Mertisch zu Lübeck, Ernestinenstraße 17 a, alleinigen Inhabers der Firma Carl Mertisch, ist am 20. November das Konkursverfahren eröffnet und der Rechtsanwält C. Fehling zum Konkursverwalter ernannt worden. Konkursforderungen sind bis zum 28. Dezember beim Amtsgericht einzureichen. Erster Termin ist am 18. Dezember, 9 1/2 Uhr.

Finanz-Variete (Neuerfrug.) Die rührige Direktion ist stets bestrebt, nur das Beste zu bieten. So ist es ihr jetzt wieder gelungen, das weltberühmte Bassford-Quartett auf kurze Zeit zu gewinnen. Das Quartett besteht aus zwei Damen und zwei Herren und verfügt über mehrere, durch Patent geschützte musikalische Neuerungen, wie sie hier in Lübeck noch nicht gebildet sind. Das Quartett wird einen werthvollen Erlass bilden für Fräulein Kitty Traney, die infolge Krankheit verhindert ist, ihre Sportsnummer vorzuführen.

pb. Festgenommen wurde ein Arbeiter aus Ogeln, welcher von der Amtsanwaltschaft zu Burg auf Fehmarn wegen Sachbeschädigung fleißig verfolgt wird. pb. Schadensfeuer. In dem Hause gr. Gröpelgrube 21 entstand heute Morgen gegen 6 Uhr durch unachtsames Umgehen mit einer Petroleumlampe ein Portierenbrand.

Invalidenversicherung. An Anträgen auf Gewährung von Renten sind bei der Landes-Versicherungs-Anstalt der Hansestädte eingegangen: a. an Altersrentenanträgen vom 1. Januar bis 31. Oktober 1902 200, seit 1891 4538; b. an Invalidenrentenanträgen vom 1. Januar bis 31. Oktober 1902 2394, seit 1892 13 909, mithin sind seit Beginn des Jahres 1891 bei der Landes-Versicherungs-Anstalt der Hansestädte 18 447 Rentenansprüche eingegangen. Von den Anträgen auf Altersrente entfallen auf das Gebiet der freien und Hansestadt Lübeck 788, Bremen 950, Hamburg 2800 und von den auf Invalidenrente auf das Gebiet von Lübeck 1346, Bremen 3824, Hamburg 8739. Von den Anträgen auf Altersrente sind bis Ende Oktober 1902 erledigt 4527, und zwar 3990 durch Rentengewährung, 470 durch Ablehnung und 67 auf sonstige Weise. Von den Altersrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 1879, von diesen sind verstorben 1734. Von den Anträgen auf Invalidenrente sind bis Ende Oktober 1902 erledigt 13 716, und zwar hiervon 10 794 durch Rentengewährung infolge dauernder Erwerbsunfähigkeit (Invalidenrenten) und 623 infolge vorübergehender Erwerbsunfähigkeit (Krankenrenten), 2007 durch Ablehnung und 292 auf sonstige Weise. Von den Invalidenrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 3491, von diesen sind verstorben 3238. Von den Krankenrentenempfängern sind inzwischen ausgeschieden 198, von diesen sind ver-

Lübeck, den 18. 11. 02.

Storben 41. — Auf die Gebiete der drei Hansestädte vertheilten sich die noch im Bezuge der Rechte befindlichen Personen folgendermaßen: Lübeck: 367 Altersrenten, 737 Invalidenrenten, 27 Krankenrenten, Bremen: 441 Altersrenten, 2148 Invalidenrenten, 64 Krankenrenten, Hamburg: 1303 Altersrenten, 4418 Invalidenrenten, 334 Krankenrenten. Die Jahressumme der bis jetzt gewährten Renten beträgt insgesammt 2363180,10 Mk., von welchem Betrag 833579,10 Mk. für die inzwischen ausgeschiedenen Rentenempfänger abgesehen sind. Nach den Berufszweigen vertheilten sich diese 3990 Alters-, 10794 Invaliden- und 623 Krankenrentenempfänger auf folgende Gruppen: Landwirtschaft und Gärtnerei: 329 Alters-, 534 Invaliden- und 15 Krankenrentenempfänger; Industrie und Bauwesen: 1729 Alters-, 4596 Invaliden- und 282 Krankenrentenempfänger; Handel und Verkehr: 743 Alters-, 2537 Invaliden- und 174 Krankenrentenempfänger; sonstige Berufsarten: 279 Alters-, 462 Invaliden- und 16 Krankenrentenempfänger; Diensthofen u.: 910 Alters-, 2665 Invaliden- und 136 Krankenrentenempfänger. Anträge auf Aenderung der bereits geleisteten Beiträge sind während der Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Oktober 1902 insgesammt 4511 eingegangen. Von den seit 1896 resp. 1900 gestellten 32121 Anträgen auf Aenderung entfallen auf das Gebiet von Lübeck 2637, Bremen 7401 und Hamburg 22083. Davon sind erledigt: durch Rückzahlung 29991, durch Ablehnung 1661, auf sonstige Weise 256, zusammen 31908, mithin unerledigt 213. Am 1. Oktober 1902 waren auf Kosten der Landes-Versicherungs-Anstalt der Hansestädte zum Theil mit Zuschuß von Krankenkassen in Heilstätten für Lungenkranke, in sonstigen Kurorten und in Krankenhäusern untergebracht 384 Versicherte, aufgenommen wurden im Laufe des Monats Oktober 93 Versicherte, zusammen 477 Versicherte. Davon wurden im Laufe des Monats Oktober entlassen 206 Versicherte, mithin befanden sich am Schlusse des Monats in Heilbehandlung 271 Versicherte, und zwar aus dem Gebiete von Lübeck 26, Bremen 48, Hamburg 197. Außerdem mußten im Laufe des Monats Oktober 87 Anträge als ungeeignet abgelehnt werden.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Die satisfaktiongebende Studentenschaft in Kiel hat beschlossen, für die Abschaffung der Bistulenduelle zwischen Offizieren und Studenten einzutreten. Eine diesbezügliche Resolution soll dem Kriegsminister und dem General-Inspiziteur der Marine, Admiral Köster, überreicht werden. Warum tritt man denn nicht für eine völlige Beseitigung der Duells ein? — Die Ausweisung der Haushälterin Bierum in Flensburg ist zurückgenommen worden, nachdem ihr Dienstherr, der Meister Gelbrandt, aus dem dänischen Vereins ausgetreten ist. Diese Zurücknahme der Ausweisung redet eine deutliche Sprache. — Aus Warin wird gemeldet: Auf einem Nachbargute wurde ein 38 Jahre alter Knecht bei seinem mit Zuckerrüben beladenen Wagen mit einer großen Kopfwunde todt aufgefunden. Der Unfall ist noch nicht aufgeklärt. Man vermutet, daß der Knecht vom Wagen gefallen und unter die Hufe der Pferde gekommen ist.

Hamburg. Baugewerks-Innungs-Obermeister Lummert und die Baukonjunktur.

Unser Hamburger Bruderorgan schreibt: Den Maurern und Zimmerern wurde bekanntlich von den Baugewerks-Innungsmeistern, mit denen sie seiner Zeit wegen des Lohns verhandelten, zugesagt, daß im Falle einer günstigen Baukonjunktur im Jahre 1902 ohne Weiteres ein Stundenlohn von 70 Pf. bei 9 stündiger Arbeitszeit in Kraft treten sollte. Als aber die Baujahre 1902 herankam, prüften die Herren Baugewerksmeister auf die Bemilligung der Lohnerhöhung und Arbeitsverförmung und meinten, es sei gar keine günstige Konjunktur! Die Maurer und Zimmerer, die Erfüllung des gegebenen Versprechens verlangten, wurden ausgesperrt und unter thätiger Beihilfe der Polizei Böhmen, Holländer und Russen herangeschleppt. Als das „Echo“ das Verfahren der Baugewerksmeister „Wortbruch“ nannte, lief Herr Lummert zum Stadtrat und klagte wegen Beleidigung, weil keine günstige Konjunktur im Baugewerbe vorhanden sei und deshalb kein Anlaß zur Erfüllung des gegebenen Versprechens vorliege. Und das Gericht verurtheilte unseren verantwortlichen Redakteur wegen „Beleidigung“ des Herrn Lummert. Und nun bitten wir, „Beleidigung“ zu beachten: In der Sitzung der Hamburger Bürgergemeinde am 5. ds. Mts. vertheidigte der Berichterstatter des Budgetausschusses, Herr Gontard, eine geforderte Nachbemilligung für die Baupolizei u. A. mit den Worten: „Es sind 1901 in den ersten neun Monaten 2054 Wohnungen gebaut worden, 1902 bis zum 1. Oktober 3802, das sind 85 Prozent mehr. 1901 sind in den ersten neun Monaten 7399,26 Mark für Abgaben eingenommen, im Jahre 1902 94620,59 Mk., das sind 28 Prozent mehr. Also der Unterschied beträgt 20621,33 Mk., das sind rund gerechnet für zehn Millionen Mark mehr Steuern in den verfloffenen neun Monaten als im vorigen Jahre.“ Und in der Bürgerversammlung vom 12. November bestätigte Herr Senator Dr. Schröder die Angaben des Herrn Gontard. Er sagte, die Bauthätigkeit in Hamburg habe einen kolossalen Aufschwung genommen. In den ersten neun Monaten 1900 wurden 2062, 1901 2054 und 1902 3802 Wohnungen gebaut. Die Arbeit der Baupolizei habe sich also fast verdoppelt. Herr Architekt Heubel konstatierte gleichfalls eine gewaltig gesteigerte Bauthätigkeit. Und Herr Baugewerks-Innungs-Obermeister Lummert? Er bestreitet die günstige Konjunktur im Baugewerbe und damit die Pflicht zur Erfüllung eines gegebenen Versprechens seitens der Baugewerksmeister. Und der verantwortliche Redakteur des „Echo“, der den Baugewerksmeistern die Nichterfüllung eines gegebenen Versprechens zum Vorwurf gemacht, wird wegen „Beleidigung“ des Herrn Lummert vom Gericht zu Geldstrafe verurtheilt! „Von Rechts wegen!“

Schleswig. Zum Kommunalstempel. In der Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums am Donnerstag gaben, nach der „Kieler Ztg.“, sämtliche Stadtverordnete eine Erklärung dahin ab, daß sie nach den vom Stadtverordneten Samfeldt vorgebrachten Verdächtigungen nicht mehr mit diesem zusammen arbeiten wollten und daß sie ihr Amt niederlegen würden,

falls Samfeldt dies nicht thue. Samfeldt erklärte, sein Amt beibehalten zu wollen. Es legen demnach zunächst die fünf jüngsten Stadtverordneten ihr Amt nieder und nach erfolgter Neuwahl die weiteren sechs. Als Samfeldt in längerer Rede erwidern wollte, wurde der Saal von sämtlichen Stadtverordneten verlassen, womit die Sitzung geschlossen war. Jedenfalls war es den Herren unangenehm, nochmals ihre Sünden aus dem Munde des Greises zu vernehmen.

Malchin. Der Bau einer Bahn von Dassel nach Schönberg ist nunmehr beschlossene Thatsache; denn der Landtag bewilligte am Donnerstag zu diesem Zweck 20000 Mark. Außerdem wurde der Bau einer Bahn von Grevesmühlen nach Klüg und von Dargun über Neufalen nach Malchin beschlossen. Die Bahnstrecke Klüg-Bismar wurde abgelehnt. — Der Bau dieser Bahnen ist im Interesse des Verkehrs und der weiteren Entwicklung Mecklenburgs zu einem „Kultur“-Staate mit Freuden zu begrüßen.

Letzte Nachrichten.

Dresden. Ehedrama. Freitag Vormittag hat der 37 Jahre alte frühere Restaurateur Fechner in seiner Wohnung seine um zehn Jahre jüngere Ehefrau nach einem Streit durch vier Revolverkugeln am Kopf, Hals und Unterleib schwer verletzt. Fechner schoß sich hierauf selbst eine Kugel in den Kopf und hängte sich außerdem an der Thürklinke auf. Noch lebend wurde er abgeschlitten, starb aber bald nach seiner Ueberführung in das Krankenhaus.

Halle a. S. In den Schacht gestürzt. Auf der Grube „v. d. Grotte“ in Ammendorf stürzte der Schmiedemeister Wiedemann 48 Meter tief bei einer Reparatur am Förderkorb in den Schacht herab. Der Berunglückte wurde völlig zerschmettert aufgefunden. Er hinterläßt eine Frau und fünf kleine Kinder.

Eberfeld. Wegen verächtlicher Liebe unternahm der 24jährige Brauer Gutmann aus Dortmund einen Mordversuch auf seine Braut und erschloß sich dann selbst. Das Mädchen ist nicht verletzt.

Diedenhofen (Lothr.). Ein schweres Unglück ereignete sich Dienstag auf der Straße zwischen hier und Eiers. Durch den Bruch einer Lokomotive scheuten die Pferde eines Fuhrwerks, in dem drei Herren aus Erier saßen und liefen direkt in die Woge. Verbeulende Schiffer retteten den Kutscher, während die drei Herren ertranken. Pferde und Wagen verschwanden in den Fluthen.

Budapest. 30 Personen ertrunken. Bei Dr. Joma kenterte ein Boot; sämtliche 30 Insassen ertranken.

Odessa. Ein gewaltiger Petroleumbrand ist hier Dienstag Abend ausgebrochen. Am Mittwoch wurde der angerichtete Schaden bereits auf über 2 Mill. Rubel geschätzt.

Briefkasten.

H. M. Die Mutter eines unehelichen Kindes kann als Vormünderin fungiren. Falls erhebliches Vermögen vorhanden ist, muß ein Gegenvormund ernannt werden.

Heute Morgen 4 1/2 Uhr starb unser kleiner **Willi** im zarten Alter von 9 Monaten tief betrauert von seinen Eltern und Geschwistern, allen Verwandten und Bekannten
Wilh. Stender und Frau geb. Heerds.

Gestern Nachmittag 4 Uhr entschlief unsere kleine **Liesbeth** im Alter von 11 Wochen.
H. Hering u. Frau geb. Herzberg.

Unsern lieben Bruder und Schwager **Franz Kaufmann jun.** zum Geburtstag die besten Glück- und Segenswünsche
A. W. M. W.

Sofort ein leeres heizbares Zimmer zu vermieten
Steinraderweg 23 a, I.

Kost u. Pögis f. mehr. junge Leute — per Woche 9 Mk. —
Luisenstraße 18 b, Lammehoi.

Eine Wohnung zum 1. Januar zu vermieten.
Friedenstraße 61.

Eine gebrauchte Schneidermaschine zu verkaufen
Bodenhof 4.

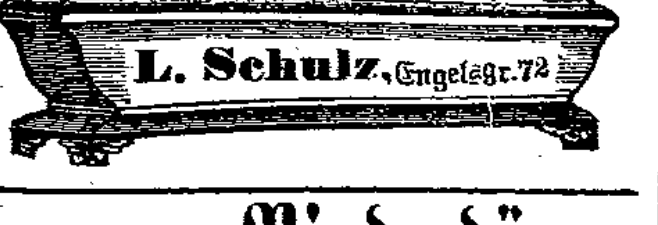
Ein Jünglings-Paletot und ein kupfener Waschkessel zu verkaufen.
Karpfenstraße 28 a.

Al. Ladentisch, Kiste, Gas-Arme, Gekelle, starke Pappkasten, Glasplatten sehr billig bei
J. Möllendorf. Holzkstraße 9.

Ein gelbes Huhn entlaufen.
Abzugeben Belzerstraße 5.

Puppenröcken, Haarketten, Flechten, dauerhaft und billigst.
C. Müller, Feilene, Johannisstr. 3.

Zur Anfertigung von Damen- und Kinderkleidern empfiehlt sich
Frau C. Holm, Klappenstraße 8 a, part.



Getrocknete Kinderdärme Kranzdärme sowie **Gewürze zum Schlachten** empfiehlt **Konrad Eßland** Rühnstraße 10.

unerhört billig!
Aus Noth!
In Folge der allgemeinen schlechten Geschäftslage, sowie Ueberfüllung unserer Wiesen-Läger, sollen von jetzt ab alle neuangelegten

eleganten Winter-Garderoben für Herren und Knaben und andere spottbillig erworbenen Parthie waaren theilweise **zu und unter Einkaufspreis** unbedingt bis Weihnachten **zu Geld gemacht werden.** Nur gegen baare Zahlung:
1 Post. **Paletots** mit warmem Futter 5 u. 7 Mk.
1 Post. **Paletots** für gr. Herren schwarz u. grau 8 u. 12 Mk.
1 Post. **Paletots** Gr. 1-6, zu und unter Einkauf.
1 Post. **Paletots** mit Naglar-Stich, Neuheit 9 bis 16 Mk.

1 Post. **Paletots und Raglans** Ertrag für Maackfachen, statt 30-40 nur 18 an

1 Post. **Winterjoppen** warm u. leicht 3 u. 4 Mk.
1 Post. **Winterjoppen** extra groß 4 1/2 u. 6 1/2 Mk.

1 Post. **Winterjoppen** mit 5 u. 7 1/2 Mk.
1 Post. **Hosen** für größte Herren 1 1/2 u. 2 1/2 Mk.

1 Post. **Hosen**, Gr. 1-6, zu und unter Einkauf.
1 Post. **Hosen**, neueste Mode, nur 3 u. 4 Mk.

Große Posten Herren-Anzüge, Knaben-Anzüge, Paletots, Joppen, Arbeiter-Garderoben u. unerhört billig
1 Post. Knab.-Blusen einz. 30, 40, 50 Pf.
1 H. Post. einz. Wusch-Westen St. 40 Pf.
1 Parthie Herr.-Strickwesten St. 1,10 Mk.
Welthaus „Goldene 33“ nur Breitestrasse 33 eine Treppe allein Billigste Bezugsquelle für Erdmann. Niemand veräume dies! Gelegenheit. Geld erhart ist Geld verdient.

Die Nord-Wacht. Dreimal wöchentlich erscheinendes politisches Organ für das werththätige Volk Nordwestdeutschlands. Preis monatl. 50 Pfg., vierteljährlich 1,50 Mk. Redaktion u. Exped.: Bent, Neue Bülh-Str. 82. Postzeitungsliste Nr. 5620. — Zur Agitation auf dem Lande ganz besonders geeignet. * * * Probeummunen stehen zur Verfügung.

Prima dicke Rippen zum Füllen —
Rauhpüde 80 Pfg., ger. Naden 85 Pfg., Kaffeler Rippelpeer 90 Pfg., gefochte Mettmurk 70 Pfg., Leberwurst und geräucherter Leberwurst 70 Pfg., Braunschweiger 50 Pfg., Preßwurst 60 Pfg., frisches Kopfleisch 30 Pfg., Brodwurst St. 10 Pfg., Jeden Sonnabend 5 Uhr.
— **Warme Knackwurst.** —
M. Labritz, Böttcherstr. Fernspr. 1291.

Mutterboden kann unentgeltlich abgehoben werden.
Rothwischstraße 41, Burgthor

Circus Variété Reuterkrug. Erstes, größtes und vornehmstes Variété am Plage. Heute Sonntag: **2 große Vorstellungen.** Nachmittags 4 Uhr und Abends 8 Uhr.
Als Extra-Beigabe zu dem großartigen **V. Pracht-Spielplan** das weltberühmte **Basford-Quartett** 2 Damen 2 Herren **musik. Ausstattungs-Szene** mit ihren Patent-Musikinstrumenten.

Colosseum. Besitzer **W. Dussler.** Heute Sonntag: Einmaliger Volksstimmlicher Abend. **Gr. Spezialitäten-Vorstellung** und Konzert. **Willini le masqué** der geheimnißvolle Prästendüg. Fast jeder Besucher erhält ein Geschenk (darunter Werthgegenstände).
Geschw. Böhm, Kunstfahrrer. Brothers Bramino, Musikalische Excentrics. The Forstelly, Kopf-Equillibrist. Emmy Weltrowska, Brauerey-Sängerin. Mr. Jules, Handakrobat. Herm. Herwig, Volks-Humorist. Einlaß 6 Uhr — Beginn 7 1/2 Uhr.

Kleine Preise. Billets im Vorverkauf bei **Dresalt u. Schmoltd.** Saalplatz 30 Pfg. — Sperrsitze 60 Pfg. Kinder in Begleitung Erwachsener frei.

Schweinefleisch 65 Pfg.
Rindfleisch „ 50 „
Karbonade „ 75 „
mageren Speck „ 80 „
Hamelfleisch „ 60 „
Kalbfleisch „ 40 „
W. Strohsfeldt, Glockengießerstraße 73
Marktballenstand Nr. 13 und 14.
Alle Töpfe werden mit starken Böden versehen und wie neu emaillirt
Engelsgrube 81.

Apollo-Theater. Heute Sonntag: **2 grosse Vorstellungen 2.** 4 Uhr niedrige Preise. Jeder Erwachsene hat ein Kind frei. In beiden Vorstellungen **Heinr. Kalnberg's neue Jubel-Serie.** „Ein herrliches lustiges Programm.“ **Francois Matthieu** der größte elektr. Sensations-Art. (Für den Hamburger Dom verpflichtet). **Manzoni und Nataline** Fantastische Musikal. Pantomime.

Cronay Reisenpiele und Reulenmanipulator. **Lizzi Cortesi** Siederfängerin. **Agoston und Kühnel** Duettisten. **Ihle Behrens** Humorist. **Bruno Hirschfeld** Drahtlicher Komiker. Gastspiel von **Do lustigen Sachsen.** Burleske-Ensemble — 8 Personen. Stürmischer Lacherfolg! **Die Compagniemutter.** Beginn Abends 7 1/2 Uhr. **Volksstimmliche Preise.** Im Vorverkauf 40 — 60 — und 80 Pfg. Nur 8 Tage verbleibt diese Serie. Montag: Große Vorstellung.

Stadttheater. Sonntag den 23. November, Abends 7 1/2 Uhr. 56. Vorst. 49. Ab-Vorst. 9. Sonntag-Ab. Gastspiel **Charlotte Schloß.** **Margarethe.** Oper in 5 Akten von Gounod Montag den 24. November, Abends 7 Uhr. Gastspiel **Willy Birrenkoven.** **Tannhäuser.** Große vom. Oper in 3 Akten von Wagner.

Warenhaus Hansa

Sonnabend — Sonntag — Montag — Dienstag

4 Reste

-Tage.

Reste und Roben knappen Maasses für Hauskleider **☆☆☆☆**
 Reste und Roben knappen Maasses für Promenadenkleider **☆☆☆**
 Reste: Blusenstoffe, Schürzenstoffe, Leinen, Piqué, Bettzeug,
 Gardinen, Möbelstoffe, Parchend.

Coupon und Reste Hemdentuch sehr preiswerth.
 Coupon für 1 wunderschönes Hauskleid nur **1.75** Mt.

Inlett-Reste für Oberbett, Unterbett und Kissen „**enorm billig**“.

Sämtliche Reste müssen in diesen Tagen wegen unseres bevorstehenden **Großen Weihnachts-Verkaufs** unbedingt geräumt werden.

Wir hatten Gelegenheit einen grossen Posten

Herren- und Knaben-Konfektion

billig einzukaufen und stellen wir die einzelnen Artikel wie: **Anzüge, Paletots, Loden-Joppen, Hosen etc.** zu einem

besonders billigen Extra-Verkauf.

Diverse Artikel sind in unserem Schaufenster ausgestellt.

Unentbehrliche Winter-Artikel.

Kinder-Unterzeug	Handschuhe	Normal-Wäsche	Strümpfe
Kinder-Höschen mit Leibchen, 110 bis 27 Pfg.	Gefüllte Trikots, schwarz, 67, 45, 24 Pfg.	Herrn-Hemden von 70 Pfg. an	Schw. woll. Damen-Strümpfe Paar 43 Pfg.
Kinder-Höschen mit Leibchen, Wolle, 190 bis 95 Pfg.	Santgemüllerte Trikots . . . 52, 45, 38 Pfg.	Herrn-Jacken von 75 Pfg. an	Schw.-woll. Damen-Strümpfe pr. Qual. B. 78 bis 52 Pfg.
Kinder-Höschen ohne Kermel, Wolle, 195 bis 65 Pfg.	Perl-Trikot, schwarz, farbig, Pr. Qual. 45 Pfg.	Herrn-Hosen von 90 Pfg. an	Keim. Cash.-Strümpfe Paar 1 05 b. 95 Pfg.
Kinder-Höschen ohne Leibchen, mit u. ohne Seiten, sch. Wolle, 90 bis 48 Pfg.	Pr. Trikots, 2 Druckknopf. . . . 78, 56 Pfg.	Damen-Jacken von 45 Pfg. an	Woll. Dam.-Ring-Str. Paar 1 55 bis 95 Pfg.
Kinder-Höschen geflickt, mit u. ohne Leibchen, 195 bis 58 Pfg.	Gefüllte Glacé 1,95 Mt.	Damen-Hosen von 1,20 Mt. an	Kinder-Ringel-Strümpfe . . von 46 Pfg. an
Wollene Tücher. Damen-Westen	Knaben-Krimmer, m. Leder u. Druckknopf 95 Pfg.	Patent- und Fanghosen für Knaben u. Herren.	Wollene Beinlängen von 50 Pfg. an.

Schlafdecken.

- Woll. Schlafdecken, grau u. braun meist m. hübsch. Endstr., 1.15 b. **3.00** Mt.
- Woll. Schlafdecken, mit hübsch. Jacquard-Verde, . . . 7.75 bis **5.25** Mt.
- Woll. Schlafdecken, Jacquard Muster, 12.00 bis **7.25** Mt.
- Kameelhaardecken, wunderbarste Qualität, bis **14.00** Mt.
- Weisse Schlafdecken, mit rothen Ranten, 8.25 bis **6.25** Mt.

Pelz-Neuheiten.

Colliers.

- Ranin-Colliers . . . von 90 Pf. an
- Imit. Seal-Colliers v 2.35 Mt. an
- Sealbisam-Colliers . . . 8.00 Mt.
- Utria-Colliers . . . von 3.85 Mt. an
- Imit. Herz-Colliers v 2.95 Mt. an
- Skunks-Colliers von 27 b 21.50 Mt.

Muffen.

- Ranin-Muffen . . . von 1.20 Mt. an
- Imit. Seal-Muffen von 2.70 Mt. an
- Sealbisam-Muffen von 3.90 Mt. an
- Utria-Muffen . . . von 3.60 Mt.
- Imit. Herz-Muffen . . von 3.75 Mt.
- Persian-Muffen . . . von 36.00 Mt.

Abteilung Damen-Konfektion.

- Winter-Jacketts, neueste Stoffe u. Facons 30.00, 20.00 bis **3.25** Mk.
- Costüm-Röcke, schwarze, melierte und Noppe-Stoffe, 32.50 bis **2.95** Mk.
- Golf-Paletots, Werth 35—40 Mk., jetzt 16.90, 14.50 bis **13.50** Mk.
- Damen-Capes, Werth 25—32 Mk., jetzt 15.00, 13.50 bis **12.50** Mk.

Sämtliche **Damen-Hüte** zu und unter **Einkaufspreisen.**



Pfeiderwaren.

Papierwaren.

Rippes.

Bronzwaren.

Wer im **WARENHAUS HANSA** kauft, spart Geld!

Colonialwaren.

Wer im **WARENHAUS HANSA** kauft, spart Geld!

Bezugsstellen für die verschiedenen Artikel der Firma: mit Ausnahme der Artikel „Eisbein und Kochbergkette“, sowie der mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Otto Friedrich. Bezugsstellen für die Artikel „Eisbein und Kochbergkette“, sowie die mit J. St. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz. Send von Friedr. Meyer & Co. — Cuxhaven in Cuxhaven.

Erste Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 274

Donnerstag, den 23. November 1902.

9. Jahrgang

Deutscher Reichstag.

Original-Bericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 21. November.

219. Sitzung, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesrathstisch: Graf v. Posadowsky, Frhr. v. Tschirnberg, v. Rheinbaben.

Die zweite Beratung des Zolltarifgesetzes wird fortgesetzt bei § 11, der bestimmt:

„Zu widerhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder gegen die zu seiner Ausführung erlassenen Vorschriften werden, sofern nicht nach anderen Bestimmungen höhere Strafen vermerkt sind, mit einer Ordnungsgeldstrafe bis zu 150 Mk. geahndet.“

Die Abg. Abrecht (S.D.) u. Gen. beantragen:

a) vor „erlassenen“ einzuschalten „dem Gesetz entsprechende“

b) das Wort „Ordnungsgeldstrafe“ zu ersetzen durch „Strafe“.

Stadthagen (S.D.) begründet die Anträge Abrecht. Wir halten es für das Beste, wenn dieser Paragraph überhaupt gestrichen würde. Nach dem Wortlaut des Paragraphen würden für die Bestrafung nur Behörden, der Bundesrath oder der Reichstag in Betracht kommen, nicht aber das Publikum, das getroffen werden sollte. So bestimmt § 1, Abs. 1: „Bei der Einfuhr von Waaren in das deutsche Zollgebiet werden die und die Zölle erhoben.“ Das können nur die Zollbehörden. Abs. 2 sagt: „Die Zollsätze des Tarifs sollen nicht herabgesetzt werden unter u. s. w.“ Das könnte nur der Bundesrath oder der Reichstag. So ist es mit allen Paragraphen. Der ganze Paragraph ist also vollkommen inhaltslos. Meine politischen Freunde werden daher gegen den ganzen Paragraphen stimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Unter Ablehnung der Anträge Abrecht wird hierauf § 11 unverändert angenommen.

§ 11a hat die Kommission folgende Bestimmungen neu eingefügt: Ueber den Ertrag der Zölle auf Roggen, Weizen, Gerste, Hafer, Vieh, Fleisch, Butter, Käse, Eier, Mehl und sonstige Molkerei- Erzeugnisse, der den Durchschnittsertrag der jetzt geltenden Zölle auf diese Produkte übersteigt, ist durch ein besonderes, spätestens bis zum 1. Januar 1910 zu verabschiedendes Gesetz zur Erleichterung der Durchführung der Wittwen- und Waisenversorgung Bestimmung zu treffen. Bis zum Inkrafttreten eines solchen Gesetzes sind diese Mehrerträge anzusammeln und verzinslich anzulegen. Tritt dies Gesetz bis zum 1. Januar 1910 nicht in Kraft, so sind von da ab die Zinsen der angesammelten Mehrerträge, sowie die eingehenden Mehrerträge selbst den einzelnen Invaliden-Versicherungsanstalten zum Zwecke der Wittwen- und Waisenversorgung zu überweisen. Die Unterstützung erfolgt auf Grund eines vom Reichsversicherungsamt zu erlassenden Statuts.

Abrecht (S.D.) u. Gen. haben zu diesem § 11a eine Anzahl von Amendements eingebracht, wonach außer den genannten Zöllen auch die Zölle auf folgende Produkte für die Zwecke der Wittwen- und Waisenversorgung verwandt werden sollen: Buchweizen, Hirse, Mais, Weizen, Reis, Bohnen usw., Kartoffeln und Wurzelgewächse, Küchen- gewächse, Obst, Federvieh, Wild, Fische, Kaviar usw., Milch, Eiweiß, Eiweiss, Honig, Cranen, Ories und verwandte Produkte. Ferner sollen nicht nur die Uberschüsse der betreffenden Zollpositionen, sondern die gesamten Zolleinnahmen aus diesen Waaren für die Wittwen- und Waisenversorgung herangezogen werden. Das betreffende besondere Gesetz soll nicht spätestens bis zum 1. Januar 1910, sondern gleichzeitig mit dem Zolltarifgesetz erlassen werden. Damit würden die Bestimmungen über Verzinsung usw. der Mehrerträge wegfallen.

Kettich (K.) beantragt, für den Fall der Ablehnung des § 11a die verbündeten Regierungen aufzufordern, Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, nach welchen aus den Erträgen der Zölle auf Nahrungs- und Genussmittel ein entsprechender Betrag zur Erleichterung der Durchführung der Wittwen- und Waisenversorgung Verwendung finden soll.

Trimborn (B.) beantragt, § 11a folgendermaßen zu fassen: Der auf den Kopf der Bevölkerung des deutschen Reiches entfallende Netto-Zollertrag der Zölle auf Roggen, Weizen, Rindvieh, Schafe, Schweinefleisch, Schweinefleisch und Mehl, der den entsprechenden Nettozollertrag der Jahre 1898—1903 übersteigt, ist zur Erleichterung der Durchführung einer Wittwen- und Waisenversorgung zu verwenden. Ueber diese Versicherung ist durch ein besonderes Gesetz Bestimmung zu treffen. Die weiteren Bestimmungen des Antrags Trimborn über Verzinsung u. s. w. der Mehrerträge sind identisch mit dem Beschlusse der Kommission.

Präs. Graf v. Ballestrem: Abg. Richter hat folgenden Antrag eingereicht: § 11a ist folgendermaßen zu fassen: „Zugleich mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes tritt das Zuckersteuergesetz mit dem vom Reichstag im Jahre 1901 genehmigten Abänderungen außer Kraft.“ Ich halte diesen Antrag auf Grund des § 99 unserer Geschäftsordnung für unzulässig, da er eine Materie betrifft, die mit diesem Zollgesetz nicht in wesentlicher Verbindung steht. Ich werde daher den Antrag Richter nicht zur Beratung stellen.

Richter (S.P.) erklärt, bis zur dritten Lesung eine Form für seinen Antrag zu suchen, welche die äußerliche Verbindung herstellen werde, und zieht für die 2. Lesung einen Antrag zurück.

Trimborn (B.): Am 5. Mai 1901 hat der Reichsanzler die Verwendung der aus der Zollerhöhung erwarteten Mehreinnahmen für Wohlfahrtsanstalten in Aussicht gestellt, bisher aber nichts gethan, um dies Versprechen einzulösen. Darum haben wir in der Kommission dahin gehenden Antrag gestellt, der auch angenommen worden ist. In dem Antrag, den wir jetzt dem Hause unterbreiten, haben wir die Verwendung der Mehreinnahmen für die Wittwen- und Waisenversicherung auf die eigentlichen Lebensmittelsätze beschränkt, d. h. Hafer und Gerste weggelassen, die nicht zu den Lebensmitteln im gewöhnlichen Sinne zu rechnen sind. Wir hoffen dadurch unsere Antrag für die Regierung und die Mehrheitsparteien annehmbarer zu machen. Der Ausbau der Invalidenversicherung durch eine Wittwen- und Waisenversicherung ist ein alter Lieblingsgedanke des Centrums, speziell des Abgeordneten Sige, der leider durch Krankheit verhindert ist, heute unsern Antrag zu vertreten. Ueber

1. Sechstel aller Wittwen sind auf öffentliche oder private Unterstützung angewiesen. Die Wittwen- und Waisenversorgung ist — das bemerke ich gegenüber dem Abg. Richter — weit dringlicher, als die Aushebung der Zuckersteuer. In erster Linie sind die Polswaisen, in zweiter die Salzwaisen, in dritter die Wittwen zu berücksichtigen — natürlich nur die, welche nach den Vorschriften des Alters- und Invaliditätsgesetzes als erwerbsunfähig zu betrachten sind. In der Kommission habe ich in ganz unverbindlicher Weise den Gedanken ausgesprochen, neben Reichsmitteln auch Beiträge der Arbeiter und Arbeitgeber zur Wittwen- und Waisenversorgung zu verwenden. Dagegen sind in den Kreisen meiner Freunde die lebhaftesten Bedenken geäußert worden, weil Handwerk und Landwirtschaft belastungsunfähig sind. (Hört, hört! links.) Den Einwand der „Sozialen Praxis“, daß die Mehreinnahmen unfinanziell seien, könne durch Schaffung eines Ausgleichsfonds mittels Beaurteilung der Mehrerträge bis 1910 begegnet werden. Von anderer Seite wird eingewendet, daß die Reichsfinanzen die Zollüberschüsse nicht entbehren könnten. (Sehr richtig! rechts.) Dem gegenüber erinnere ich nochmals an die Erklärung des Reichsanzlers vom 5. Mai 1901. (Sehr gut! im Centrum.) Wir müssen sehr energische Vorkehrungen treffen, daß der Herr Schatzsekretär nicht an die Gelder herankommt. (Schatzsekretär Freiherr v. Tschirnberg pflanzt sich dicht beim Redner auf. Heiterkeit.) Nein, Herr Staatssekretär, wir lassen Sie nicht heran! (Stürmische Heiterkeit.) Wir wollen Schutzzölle für die Landwirtschaft, keine Finanzzölle. Der Vorschlag Kettich entspricht nicht dem Ernst der Situation. Mit einem solchen Resolutionsentwurf kommt man nicht aus. Wer ernsthaft für die Wittwen- und Waisenversorgung ist, muß unseren Antrag annehmen. Hier Rhodus, hier sakt! Jetzt oder nie! Mit Annahme unseres Antrags kann sich der Reichstag, dem man immer agrarische Zollpolitik vorwirft, einen unvergänglichen Ruhmestitel auf sozialpolitischem Gebiete schaffen! (Lebh. Beifall im Centrum.)

Röfische-Deffau (wildlib.): Selbstredend bin ich mit dem Grundgedanken des Antrags durchaus einverstanden und erkenne die Nothwendigkeit einer staatlichen Wittwen- und Waisenversorgung durchaus an, da der Durchschnittslohn der Arbeiter, der nach der Statistik der Berufsgenossenschaften 779 Mk. beträgt (hört, hört! links), sicher keine Erparnisse gestattet. (Sehr richtig! links.) Eine staatliche Wittwen- und Waisenversorgung ist um so notwendiger, als das Streben der Gesetzgebung auf Verdrängen der Frauenarbeit aus den Fabriken gerichtet ist. Dagegen halte ich den Weg, den das Centrum einschlägt, nicht für den richtigen. Die eventuelle Entlastung der Arbeiterklasse durch die Wittwen- und Waisenversicherung steht ganz außer Verhältnis zu der Mehrbelastung durch den Zolltarif. (Sehr richtig! links.) Außerdem fürchte ich, daß das Centrum schließlich unzufallen und der Einigung mit den Konservativen seinen Antrag opfern wird. Ich bin mit meinen Freunden von der freisinnigen Vereinigung, in deren Namen ich hier spreche, der Ansicht, daß trotz aller Anträge und Vorkämpfungen eine Einigung zustande kommen wird, möchte aber der zu meinem Bedauern auch von einem Theil der liberalen Presse vertretenen Anschauung widersprechen, als ob diese Einigung lediglich durch die Obstruktion der Sozialdemokratie herbeigeführt worden sei. (Sehr richtig! b. d. Sozialb.) Herr Trimborn erklärt, er wolle landwirtschaftliche Schutzzölle und keine Finanzzölle. Das heißt also, daß den Landwirthen höhere Profite und zwar in erster Linie auf Kosten der Arbeiter verschafft werden sollen. (Sehr richtig! links.) Nach einer Berechnung, die ich auf Grund der statistischen Ergebnisse der letzten acht Jahre aufgestellt habe, würden die Mehreinnahmen aus den Zöllen ca. 78 Millionen betragen, während die Belastung der breiten Volksmassen durch die Steigerung der Preise für alle Lebensmittel 600 Millionen ausmacht (hört, hört! links). Mit anderen Worten: 7 1/2 Mk. pro Familie sollen für die Wittwen- und Waisenversicherung der Arbeiter zurückgelegt werden, während eben dieselben Arbeiter mit einer Konsumvertheuerung von 60 1/2 Mk. pro Familie belastet werden sollen. Das nennen die Herren vom Centrum einen gerechten Ausgleich. Mit 90 Mk. pro Familie sind die Arbeiter jetzt schon durch die indirekten Steuern belastet, kommen dazu noch 60 Mk., so wird die Existenz der Arbeiter geradezu in Frage gestellt. (Sehr richtig! b. d. Sozialb.) Hätte ich nicht so hohe persönliche Achtung vor den Herren im Centrum, ich würde auf den Gedanken kommen, daß sie mit ihrem Vorschlag die Arbeiter düpiert wollen. (Unruhe i. Centr.) Nun, es ist doch zum Mindesten ein sehr merkwürdiges Verfahren, jemanden zu sagen: „Ich will Dir helfen“, ihm dann 7,50 Mk. zu geben, ihm aber, bevor er aus dem Zimmer gegangen ist, 60,50 Mark aus der Tasche zu ziehen. (Sehr gut! links.) Die Herren im Centrum, vor den Arbeitern durch ihre Zollpolitik kompromittirt, brauchen sozusagen eine Schamdecke (Sehr gut! links, Unruhe i. Centr.) und als eine solche Schamdecke soll der vorliegende Antrag dienen. Nur schade, daß die katholischen Arbeiter nicht auf den Heim gehen! — Es kommt weiter hinzu, daß die Zölle eingeständenermaßen den Zweck verfolgen, die Einfuhr fremder Erzeugnisse zu hindern. Damit werden die Einnahmen schmälern, aus denen die Wittwen- und Waisenversorgung bestritten werden soll, während die Lebensmittelertheuerung bleibt. Die Beziehung des Herrn Trimborn auf das ganz unverbindliche Versprechen des Reichsanzlers besagt nichts; es ist in einer schwachen Stunde abgegeben worden, soweit beim Grafen Hilow von einer schwachen Stunde die Rede sein kann. (Heiterkeit.) Die Kommission hat 100 Millionen für die Wittwen- und Waisenversorgung in Aussicht genommen, d. h. 30 Pf. pro Tag und Kopf, nach meiner Meinung eine gänzlich unzureichende Summe. Es ist nach meiner Meinung völlig unzutraglich, dauernde Ausgaben auf die schwankenden Zollerträgnisse zu basiren: in der Kommission ist daher der sehr berechtigte Gegenorschlag gemacht worden, lieber gewisse feste Reichseinnahmen für die Wittwen- und Waisenversorgung zu verwenden. Das Centrum hat seinen Versicherungsantrag wohl nur darum mit dem Zolltarif verbunden, um ihn vor dem Schicksal zu bewahren, der heute dem Antrag des Abg. Richter passiert ist, nämlich für unzulässig erklärt zu werden, weil mit der Gesetzesmaterie in keinem Zusammenhang stehend. Die finanziellen Vorschläge, die jetzt der Regierung gemacht werden, sind derart, daß man sie im außer- arlamentarischen Leben als Unfinn bezeichnen würde. (Oh! im Centrum.) Der Schatzsekretär hat ein Defizit in Aussicht gestellt. Die Lage ist also die: man belastet die Arbeiter durch erhöhte Getreidepreise, die Mehreinnahmen verwendet man zur Wittwen- und Waisenver-

sicherung, das Reichsdefizit deckt man durch die schon in Aussicht gestellte Mehrbelastung des Bieres und des Tabaks, zweier Genussmittel der arbeitenden Klassen! Unter diesen Umständen ist die freisinnige Vereinigung trotz ihrer Sympathie mit dem Gedanken der Wittwen- und Waisenversicherung gegen den Antrag des Centrums; ebenso aber auch gegen den Richterschen Antrag, wenn er in dritter Lesung wiederholt werden sollte. Auch beim Antrag Richter handelt es sich um die Vertheilung des Fells eines Bären, der noch nicht erlegt ist. Wir wollen nicht Einnahmen beseitigen in der Hoffnung auf unsichere Einnahmen, gegen die wir prinzipiell Stellung genommen haben. (Beifall b. d. S.P.)

Reichschatzsekretär Frhr. v. Tschirnberg: Die Erklärung des Reichsanzlers, die er vor 1 1/2 Jahren hier abgegeben hat, beweist, daß auch die verbündeten Regierungen das Ziel, das erreicht werden soll, fest im Auge behalten. (Abg. Singer: im Auge behalten!) Herr Trimborn will die Wittwen- und Waisenversicherung einzig und allein auf die Mehrerträge des neuen Zolltarifs für gewisse Nahrungsmittel basiren. Es kann aber Niemand sagen, wie hoch diese Erträge auch nur annähernd sein werden. Falls man die Zollsätze der Regierungsvorlage, sowie den gegenwärtigen Konsum und die gegenwärtige durchschnittliche Einfuhr von Getreide und Fleisch zu Grunde legt, erhalten wir als Endresultat eine Summe von 82 Millionen. Wenn diese von 1903 oder 1904 ab thesaurirt würden, so ergäbe das ein Grundkapital von rund einer halben Milliarde, nach dem Antrag Trimborn von rund einer dritten Milliarde. Ob man mit dieser Summe ohne jeden Beitrag eines Arbeitgebers oder Arbeitnehmers eine Wittwen- und Waisenversicherung durchführen kann, ist eine offene Frage. Das steht aber fest, daß sich mit einer solchen Summe eine einigermaßen auskömmliche Zuwendung nicht durchführen läßt. Dafür müßten wir mindestens das Doppelte haben. Herr Koesfeld wies auf das Defizit des nächsten Jahres hin. Hoffentlich ist der Fehlbetrag im Etat keine dauernde Erscheinung, sodas die Periode des wirtschaftlichen Niedergangs bald durch eine Zeit guter wirtschaftlicher Verhältnisse wieder abgelöst werden wird. Das ändert aber nichts an der Thatsache, daß ich gleich nach den Weihnachtstagen genöthigt sein werde, Ihnen einen Etat vorzulegen, der einen Fehlbetrag von rund 150 Millionen aufweist. (Lebhafte Aufe: Hört, hört!) Dieser Fehlbetrag muß gedeckt werden. Eine Erhöhung der Matricularbeiträge ist für viele Bundesstaaten bei der ungünstigen wirtschaftlichen Lage unmöglich. So muß ein Theil des Fehlbetrags auf andere Weise beschafft werden. Herr Koesfeld wies auf eine Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer hin. Ich habe bereits bei meiner letzten Staatsrede gesagt: wenn irgend ein Gegenstand zu erhöhten Abgaben herangezogen werden muß, so steht der Tabak jedenfalls in erster Reihe. (Lebh. Hört, hört! links.) Und noch einen Punkt haben Sie sich zu überlegen. Nach der clausula Francenstein gehören Mehreträge aller Steuern über eine gewisse Summe hinaus der Bundesstaaten. § 11a verfügt also über Erträge, die dem Reiche gar nicht gehören. Mit Rücksicht auf diese Sachlage und Lage des öffentlichen Rechts bitte ich um Abänderung des Kommissionsbeschlusses und aller Anträge.

Bayerischer Staatsrath Frhr. von Stengel: Im Namen einer großen Reihe von Bundesstaaten möchte ich erklären, daß demselben der Grundgedanke des § 11a durchaus sympathisch ist. Der gegenwärtige Zeitpunkt erscheint aber hierfür ungeeignet und verfrüht. Reich und Einzelstaaten befinden sich in einer überaus mißlichen finanziellen Lage. Unter solchen Umständen ist es doppelt gefährlich, sich gegenüber den breiten Massen mit Versprechungen festzulegen, von denen niemand weiß, ob und wann sie eingehalten werden können. Wenn wir der Frage der Wittwen- und Waisenversicherung näher treten, müssen wir nach einer soliden Grundlage suchen, als es die Getreidezölle sind. Wenn thesaurirt wird, ist das Reich vor die Wahl gestellt, entweder neue Schulden zu machen oder neue, vielleicht recht drückende Steuern einzuführen. Uebrigens gebe ich zu bedenken, daß 1910 der Reichs-Invalidenfonds erschöpft sein wird und dann fallen 40 Millionen Jahresbeiträge an Pensionen unmittelbar auf den Reichsetat. Ich hoffe, daß der § 11a wieder aus der Vorlage entnommen wird. Gegen die Anträge Abrecht und Genossen bestehen dieselben Einwände in noch höherem Maße. Durch die neue Fassung des Antrags Trimborn sind unsere Bedenken einigermaßen abgeschwächt, (Hört, hört! im Centrum) aber nicht beseitigt. Dagegen erachte ich die Resolution Kettich für annehmbar, sie entspricht durchaus der Sachlage. (Ironisches Sehr richtig! links; Bravo! rechts.)

Kettich (K.): Die Behauptung des Abg. Röfische, daß die Konservativen von einer Wittwen- und Waisenversicherung nichts wissen wollen, ist unrichtig; wir halten nur eine Festlegung dieser Forderung im Rahmen des Tarifgesetzes für gänzlich unangebracht und werden daher in unserer Mehrheit dagegen stimmen. Wohl aber bitte ich Sie dringend um Annahme unserer Resolution. (Bravo! rechts.)

Mollenhuth (S.D.): Der Vorwand, daß die Landwirtschaft nicht in der Lage sei, etwas für die Arbeiter zu thun, ist zu alt, als daß er besonderen Eindruck auf uns machen könnte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Schon 1883 wurde die Krankenversicherung nicht auf die ländlichen Arbeiter ausgedehnt; 1885 wurden die Getreidezölle verdreifacht, 1887 versünfacht, aber von einer Einbeziehung der Landarbeiter in die Krankenversicherung war noch immer keine Rede. Immer wurde von einer Noth der Landwirtschaft gesprochen und zu ihrer Abhilfe nach neuen Zöllen gerufen. Zölle können aber die Noth der Landwirtschaft nicht beseitigen, sie führen nur zur Erhöhung der Grundrente und diese wieder zu neuen Zöllen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Regierung betont immer wieder ihr Wohlwollen für die Arbeiter. Wir können an dieses Wohlwollen nicht glauben, so lange sie Vorlagen wie den Zolltarif einbringt, die das genaue Gegenteil von Arbeiterfürsorge darstellen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Oder offenbart sich dieses Wohlwollen vielleicht in der Abänderung erhöhter Bier- und Tabaksteuern durch den Herrn Schatzsekretär? Durch die Tabaksteuer werden die Arbeiter nicht nur als Konsumenten getroffen, sondern 100 000 Tabakarbeiter würden dadurch geradezu dem Verhungern preisgegeben werden. (Lebh. Zurufe: Hört, hört! bei den Soz.) Mit solchen Projekten trägt sich die Regierung und wagt dann noch von ihrem Wohlwollen für die Arbeiter zu sprechen! — Was da Herr Trimborn

von Schutzzöllen sagte, die nicht zu Finanzzöllen werden dürfen, mag in einer Versammlung Eindruck machen; hier aber im Reichstag sind wir gemüthigt genug, um zu wissen, daß Sie (zum Zentrum) alle Ausgaben bewilligen und daher wohl oder übel auch für Einnahmen sorgen müssen. — Wenn Sie die Mehreinnahmen aus den Zöllen nicht in den Reichsäckel fließen lassen wollen, dann werden Sie eben für eine höhere Tabaksteuer stimmen. — Es ist bezeichnend, daß in der jetzigen Fassung der ursprüngliche Zentrumsantrag fast bis zur Unkenntlichkeit verformt ist. Die Erträge des Butter-, Käse- und Eierzoll sind gestrichen — wohl weil diese schönen Dinge nach Annahme des Zolltarifs nicht mehr zu den Nahrungsmitteln der Arbeiterklasse gehören werden, (Sehr gut! bei den Soz.) — ebenso der Kartoffelzoll — obwohl doch die Kartoffeln das Hauptnahrungsmittel der Armen bilden — der Obst-, Graupen-, Gräs- und Hülsenfruchtzoll. Und doch sprechen Sie noch immer davon, daß die Mehreinnahmen aus den Nahrungsmittelzöllen den Wittwen und Waisen der Arbeiterklasse zu Gute kommen lassen wollen. Daß es diesen schlecht geht, hat Herr Trimbom mit berechneten Worten auseinandergesetzt; wer es bisher nicht wußte, konnte es von ihm lernen. (Geisterkeit.) Wie aber diese Noth beseitigt werden kann, davon schweigt der Sängers Höflichkeit! Der ganze Antrag hat den Zweck, den Unmuth der katholischen Arbeiter zu beschwichtigen und bewegt sich in der Richtung der Bismarckischen sog. Sozialpolitik, die den Arbeitern ungefahr ein Gehalt dessen wieder zukommen ließ, was ihnen durch Erhöhung der indirekten Steuern abgezogen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die besten Intelligenzen des Zentrums sind damals nicht auf den Reim gegangen; ebenso werden jetzt die katholischen Arbeiter nicht auf den Reim gehen und sich hüten, für das Wohl der Wittwen- und Waisenversicherung die Erhöhung der Getreidezölle in den Kauf zu nehmen. — Der Grundgedanke des Zentrumsantrags ist der, daß durch den Zoll der Inlandspreis des Getreides in Deutschland stets um den Zoll höher sein wird, als der Weltmarktpreis, denn nur dann wird eine Einfuhr stattfinden. Mit anderen Worten: Sie erklären die Preisvertheuerung in Permannenz! (Sehr richtig! links.) Weil Sie nun selbst Ihr Unrecht fühlen, darum wollen Sie etwas an die Wittwen und Waisen abgeben. Es ist ein Versuch, eine Art Ablas für die Sünden zu erhalten, die Sie an den Arbeitern begangen. (Sehr gut! und Geisterkeit links.) Eigentlich haben Sie mit Ihrer Bewilligung der Militär- und Marinevorlagen Ihren eigenen Antrag schon den Boden entzogen. Die letzten Militär- und Marinevorlagen gingen schon von der Voraussetzung höherer Zolleinnahmen aus. Für andere Zwecke ist jetzt kein Geld da; es sei denn, daß Sie sich zur Reichsvermögens- oder Reichserbschaftsteuer entschließen. Die Wittwen- und Waisenversorgung ist aber auch gar kein Äquivalent für die kolossale Mehrbelastung des Volkes durch die Zölle. Von 100 Mark, die das Volk durch die Preissteigerung zu zahlen hat für Brodgetreide, würden 78,20 Mark der Großgrundbesitzer, 13,21 Mark der Staat und nur 8,59 Mark die Wittwen und Waisen erhalten. (Hört, hört! links.) Herr Trimbom hat in seinem abgeänderten Antrag Hafer und Gerste, die die größten Vorkosten der Ernte bilden, herausgelassen. Drei Fünftel aller Gerste wird aber für Bier gebraucht, das zu neuen Gehäuel von Arbeitern getrunken wird. Auch die übrige Gerste wird zum größten Theil in Gestalt von Gräs, Graupen, Malzstee von Arbeitern konsumiert. Die erhöhten Getreidezölle werden den Arbeitern neben der Vertheuerung der Lebensmittel wahrscheinlich auch ein Verdrängen der Löhne bringen. Wenn man für die Wittwen und Waisen wenigstens einigermaßen auskömmlich sorgen will, so muß man die gesamten Nahrungsmittelzölle zu diesem Zwecke verwenden und andererseits eine Reichsversicherungsanstalt einführen. Zu einer einigermaßen auskömmlichen Wittwen- und Waisenversicherung würden mit Verwaltungskosten rund 40 Millionen nötig sein. Social wird auch durch die Nahrungsmittelzölle aufgebracht. Nach den Vorschlägen in der Kommission soll jede Witwe oder Waise 16 resp. 15 M. pro Tag und Kopf erhalten. Diese Summe reicht gerade aus, um den Zoll für 1 1/2 Gramm Fleisch und 3/8 Gramm Brod zu decken! (Hört, hört! h. d. Soz.) Bei Ablehnung unseres Antrages werden wir aber schließlich doch für den § 11 a stimmen, weil wir glauben, daß wir damit Gegner für den Zolltarif schaffen. Die Regierung wird, wenn ihr die Mehreinnahmen entzogen werden, nur noch die halbe Freude am Zolltarif haben. Wir stimmen für den § 11 a auch, obwohl wir wissen, daß die Herren vom Zentrum damit den Arbeitern nur Sand in die Augen streuen wollen. Die Arbeiter aber sind klug genug, und werden sich damit nicht fangen lassen. (Sehr. Bravo! h. d. Soz.)

Dr. v. Komierowski (Pole) erklärt sich für den Kommissionsbeschluss, im Falle seiner Ablehnung für den Antrag Trimbom.

Nichter (Soz.): Wir werden wie in der Kommission gegen diesen § 11 a stimmen, schon weil, indem wir die erhöhten Lebensmittelzölle derzuziehen mit einer künftigen Waisen- und Waisenversicherung, wir die Autrechtserhaltung der erhöhten Zölle für die Zukunft festlegen. Haupt kommen für uns grundsätzliche Bedenken gegen eine weitere Ausdehnung der Reichszölle für die Verbesserung privater Bedürfnisse großer Bevölkerungsklassen. Dadurch wird die Selbstverantwortlichkeit der Bevölkerung geschwächt. Andererseits können doch nur finanzielle Steuern gewährt werden, so daß eine stets wachsende Ungleichheit erzeugt wird. Weiter kommt hinzu, daß die Reichszölle immer nur einem Theil der Bevölkerung zu Gute kommen und einem anderen Theil, der nicht erheblich besser gestellt ist, nicht, obwohl auch bei uns den allgemeinen Steuern beiträgt. (Sehr richtig! bei den Sozialen.) Ich hätte es weiter für richtig gehalten, wenn man diesen Geiz zugleich der ganze Finanzplan vorgelegt hätte. Die künftigen Darlegungen des Schatzkanzlers genügt es so weniger, als ich nicht einmal sagen läßt, ob die Verhältnisse sich dauernd oder nur vorübergehend so unangenehm gestalten werden. Ich bin der Ansicht, daß man auf die Dauer nicht mit so ungünstigen Verhältnissen zu rechnen braucht. Auch der Reichskanzler kann die Finanzlage nicht so tragisch ansehen, sonst hätte er nicht vorerzählen dürfen, die Mehreinnahmen aus den Zöllen Wohlthätigkeitszwecken zuwenden zu wollen. Er kann also die trüblichen Aussichten des Herrn v. Trimbom über die Finanzlage nicht theilen. Der Zolltarif wird in wahrscheinlich erst 1906 in Kraft treten. Wer kann wissen, wie dann die Finanzlage aussieht. Rücksicht in da die Situation ähnlich wie 1900, wo der Schatzkanzler, als man ihm die Erhöhung der Steuern anbot, sagte, er wisse nicht, was er mit dem Gelde anfangen solle. (Geisterkeit.) Wenn Antrag auf Aufhebung der Zuckerzölle ist vorher vom Präsidenten für unzulässig erklärt worden. Wenn es zulässig ist, bei diesem Geiz die Aufhebung von Kommunalabgaben zu beschließen, muß es auch möglich sein, Verbrauchsabgaben zu vermindern oder aufzuheben. Wenn sich aber die Aufhebung der Verbrauchsabgaben nicht im Rahmen dieses Gesetzes durchsetzen läßt, so kann man jedenfalls im Rahmen dieses Gesetzes Zölle erheben, die der Konsum der großen

Massen belasten, so z. B. den Kaffee- und Petroleumzoll, deren jeder 70 Millionen Mark einbringt. Ich verkenne aber durchaus nicht, daß alle derartigen Entlastungen nicht im entferntesten einen Ersatz bieten für die Belastung des Volkes durch den Zolltarif. (Lebhaft. Beifall links.)

v. Tiedemann (Rp.) erklärt sich für den Antrag Nettich. Basser mann (M.): Ein großer Theil meiner Freunde sieht in der Resolution Nettich den geeigneten Weg zur Durchführung einer Wittwen- und Waisenversorgung. Dieser Theil meiner Freunde wird gegen den Antrag Trimbom stimmen. Ich für meine Person kann mich allerdings nicht davon überzeugen, daß die Resolution Nettich in absehbarer Zeit Aussicht auf Verwirklichung hat. Aus diesem Grunde werden ich und ein Theil meiner politischen Freunde für den Antrag Trimbom stimmen.

Graf Kanis (K.): Im Gegensatz zum Abg. Richter kann ich nicht einsehen, warum die Kündigung unserer Handelsverträge nicht bis zum Schluß dieses Jahres erfolgen soll. Ich wünsche dringend die Kündigung aller Verträge auch sämtlicher Meistbegünstigungsverträge noch im Laufe dieses Jahres. (Gr. Unruhe links.) Das würde die Situation außerordentlich klären. Herr von Tiedemann möchte ich fragen, ob er bei der Berechnung des Defizits bereits die 30 Millionen Windertrag aus der Zucker-Verbrauchsabgabe berücksichtigt hat. Der englische Minister Balfour hat kürzlich erklärt, daß England gar nicht berechtigt sei, seinen Kolonialländern zu differenzieren. Damit fällt für uns der letzte Grund weg, weshalb wir an der Brüsseler Konvention irgend ein Interesse haben können. (Unruhe links.) Um das Defizit aus der Welt zu schaffen, darf nicht wieder der leidige Weg der Anleihen betreten werden. Diese Pumpwirtschaft muß früher oder später einmal aufhören. (Aha! und Gelächter links.) Wir können die Ueberschüsse zu keinen anderen Zwecken als zur Befriedigung der laufenden Ausgaben verwenden. Mit der Resolution Nettich bin ich deshalb nicht einverstanden, weil sie die Zölle auf Lebensmittel gewissermaßen Handelsmarkt als solche, die eine besondere Belastung des Volkes darstellen. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Industriezölle sind nach meiner Meinung eine ebenso große Belastung des Volkes wie die Getreidezölle. Ich schlage deshalb vor, in der Resolution ganz allgemein die Verwendung eines Theils der Mehreinnahmen aus den Zöllen für die Wittwenversorgung zu fordern. (Bravo! rechts.)

Ein Schlussantrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen und eines Theils der Nationalliberalen angenommen.

Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Ich beantrage über den Antrag Trimbom nur einfachen Tagesordnung überzugehen. Die Majorität hat jedoch unserem Redner das Wort abgebrochen, wir wünschen aber, daß er sich noch über unsere Auffassung zur Sache äußert.

Präsident Graf Ballestrem: Ein Antrag auf Uebergang zur einfachen Tagesordnung ist jederzeit zulässig. (Geisterkeit links. Unruhe rechts.)

Das Wort für den Antrag auf Tagesordnung erhält Ledebour (Soz.): Der Zolltarif ist die beste Gelegenheit, die sich uns auf Jahre hinaus bietet, die Wittwen- und Waisenversorgung einzuführen. Die Regierungsvertreter haben auf die bedenkliche Finanzlage der Einzelstaaten hingewiesen, mit Rücksicht auf diese dürften die Erträge aus den Zöllen nicht angefasst werden. Damit haben die Regierungsvertreter offen zugestanden, daß sie den Tarif als Finanzgelei betrachten, während der Reichskanzler ausdrücklich betont hatte, daß es sich hier um kein Finanzgelei handle. — Herr Richter gegenüber möchte ich darauf hinweisen, daß die Wittwen und Waisen auf jeden Fall auf die Allgemeinheit angewiesen sind. Wenn sie keine Reichszulieferung, so fallen sie der Armenpflege zur Last. Wir wünschen aber, daß sie nicht auf Wohlthäten angewiesen sind, sondern einen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Herr Richter vertrat wieder einmal den Standpunkt der nachlässigen Selbsthilfe. Wir meinen, daß die Arbeiter insoweit ungenügend sind. — Dem Antrag Trimbom, der eine Verschlechterung der Kommissionsfassung bedeutet, können wir nicht zustimmen. Dieser Inhalt des Zentrums wird die rheinischen Arbeiter noch unglücklich machen. Wir werden alles thun, um den § 11 a für die arbeitende Klasse so gut als möglich zu gestalten. Ueber den Antrag Trimbom hätte ich Sie zur einfachen Tagesordnung überzugehen. (Bravo! bei den Soz.)

Dr. Spahn (Z) spricht sich gegen den Antrag Singer auf Uebergang zur Tagesordnung aus.

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abgg. Dr. Langerhans (FVp.) und Schrader (FVg.) abgelehnt.

In der Abstimmung werden sämtliche sozialdemokratischen Amendements in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Der Kommissionsantrag wird in einfacher Abstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Polen und der Antisemiten abgelehnt.

Annahme wird der Antrag Trimbom in namentlicher Abstimmung mit 143 gegen 106 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. (Bravo! im Zentrum.)

Darauf verlegt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Sonntag 12 Uhr. (Interpellation Albrecht (Soz.) betr. vorkaiserliche Uebergänge; Fortsetzung der heutigen Berathung.)

Schluss 6^{1/2} Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Gegen die Erhöhung der Matrikularbeiträge. Wie dem „Rheinischen Courier“ aus München gemeldet wird, erhob Bayern im Bundesrat energische Vorstellungen gegen die fortwährenden Erhöhungen der Matrikularbeiträge, welche bald über die Leistungsfähigkeit der Einzelstaaten hinausgehen. Württemberg, Sachsen, Baden und die Hansestädte haben sich angeblich diesem Protest angeschlossen. — So lange die Bundesstaaten zu jeder Forderung für den Reichsfinanz- und Militärschatz ihr Ja und Amen sagen, dürfen sie sich auch nicht wundern, wenn sie in steigendem Maße gebrandschagt werden. Hier heißt's: principis obsta!

Der Geheime Rat behufs Errichtung kaufmännischer Schiedsgerichte ist jetzt im Reichsamt des Innern fertiggestellt worden; er wird demnächst dem Bundesrat vorgelegt werden und soll noch Renjahre dem Reichstag zugehen. Von dem Inhalt des Entwurfs ist bis jetzt nicht mehr bekannt geworden, als daß darin die Aufgliederung der neuen kaufmännischen Schiedsgerichte an die Gewerbegerichte vorgesehen ist. Damit dürfte auch die obligatorische Errichtung der neuen Gerichte für alle

Orte mit mehr als 20 000 Einwohnern gegeben sein. Die Errichtung von kaufmännischen Schiedsgerichten wird der Agitation und Organisation der Angestellten im Handelsgewerbe neue Aufgaben stellen. Um so wichtiger wird es sein, diejenige Organisation der Handelsangestellten zu stärken, welche sich auf der Grundlage des Gegenjahres von Kapital und Arbeit gebildet haben. Sonst würden die neuen Gerichte bald genug in den Händen jener antisemitischen Verbände sein, die in allen großen Lebensfragen der kaufmännischen Angestellten, insbesondere in der Frage der Ausdehnung des Wahlrechts zu den Gewerbegerichten auf die Frauen, durch und durch reaktionär gesinnt sind. Die sozialdemokratische Fraktion wird zweifelsohne zu dem Entwurf eine Reihe von Anträgen zu stellen haben, um die Handelsangestellten werden dann sehen, auf welcher Seite im Reichstag ihre wirklichen Freunde sitzen.

Zur Affaire Krupp sendet der „Justitia“ Krupp, Assessor Korn, der „Köln. Ztg.“ eine Erklärung. Danach bestehen in der Gemeinde Capri zwei Parteien, die bei den diesjährigen Erneuerungswahlen zur Kommunalvertretung den heftigsten Wahlkampf führten. An der Spitze der einen steht der Besitzer des „Hotel Quisiana“, der in diesem Jahre mit seinen Kandidaten siegte. Durch diesen Hotelbesitzer wurde Krupp's Person in den Wahlkampf hineingezogen, insofern als der Hotelbesitzer die großen Wohlthaten hervorhob, die Krupp der Insel Capri erwiesen habe und ankündigte, daß beim Siege der Gegenpartei und beim Fernbleiben Krupp's dessen Wohlthaten aufhören würden. Nach ihrer Niederlage hatte die Gegenpartei das Interesse, den obliegenden Hotelbesitzer, der zugleich Vorsteher Capri's ist, zu schädigen. Um dies Ziel zu erreichen und Krupp dauernd von Capri fernzuhalten, wurden schwere Beschuldigungen gegen Krupp ausgeübt, indem man das gelegentliche harmlose Zusammensein Krupp's mit dortigen und deutschen Bekannten in gemeinster Weise verdächtigte, sowie veranlaßte, daß die dortige sozialistische Zeitung Artikel in diesem Sinne brachte. Krupp hat alsbald die geeigneten Schritte bei den italienischen Behörden unternommen. Einige Personen sind allerdings in Capri vorhanden, die sich durch Krupp's Aufenthalt in Capri insofern geschädigt fühlen, als Krupp kleine Leute den Bucherhänden dieser sich jetzt geschädigt fühlenden entziehen hat. Krupp hat niemals eine Villa in Capri besessen, sondern stets im Quisiana-Hotel gewohnt. Die Erklärung schließt, daß der Strafprozeß gegen den „Vorwärts“ erweisen werde, daß hier selten frivole verleumdliche Nachforschungen ihren Weg in die Presse gefunden haben. — Abwarten!

Gegen die ostafrikanische Bahn von Dar-es-Salaam in das Innere polemisiert in dem „Tag“ heftig Rudolf v. Bennigsen, kaiserlicher Gouverneur a. D. Er nennt die Idee der Zentralfisenbahn eine unglückliche; sie sei genährt worden durch die Dar-es-Salaamer Kirchenthumspolitik, konzeptionsbegierige Großindustrielle und ein breites, nach Effekten und Sensation haschendes Publikum, gestärkt durch den Hinzutritt der Kolonialverwaltung, die der durch eine mangelhaft unterrichtete, der Ausbeutung von Schlagworten geneigte Presse gebildeten sogenannten öffentlichen Meinung der patriotischen Kreise Deutschlands nicht zu widerstehen vermochte. „Gar bald galt in kolonialfreundlichen Kreisen der für einen Vaterlandsverräter, der nicht in der „Zentralfisenbahn“ das Heil für Deutschostafrika fand. Murrend standen die besten Afrikaner bei Seite. Den gut unterrichteten Beamten und Offizieren war der Weg der Presse und das Auftreten gegen einen von ihrer vorgelegten Dienstbehörde begünstigten Plan überhaupt verjagt. Wenn aber unabhängige, die Wahrheit und ihr Vaterland liebende Männer, wie Professor Dr. Hans Meyer ihre warnende Stimme erhoben, so fiel man über sie her wie Kapitalverbrecher.“ Bennigsen bezeichnet den Plan von Cecil Rhodes — einer Zentralfisenbahn von Kap nach Kairo — als das Produkt eines Größenwahns. Nun sei De Schellhäuser, der eifrige Verfechter dieser Zentralfisenbahn, der, ohne jemals Ostafrika gesehen zu haben, die Gegenstände schändlicher Männer in eigenfinniger Weise unbedacht ließ, ins Grab gesunken. Jetzt beginnen sich die Reihen der Anhänger der Zentralfisenbahn zu lichten. — Wenn es möglich wäre, das todt Projekt der Bahn Dar-es-Salaam-Mrogoro noch todt zu machen, so besorgt dies dieser Artikel des Herrn von Bennigsen.

„Gemästete“ Bauernagitatoren. Die „Deutsche Bergarbeiter-Ztg.“ weist auf den Geschäftsbericht des katholischen Rheinischen Bauernvereins hin, der bei einer Ausgabe von 169 911 Mk. im Jahre 1901 einen Ueberschuß von 18 843 Mk. erzielte. Der Verein besoldete folgende Beamte: Generalsekretär 4500—7500 Mk., jährlich um 150 Mk. steigend, außerdem 500 Mk. Miethentschädigung; Vorsteher der Bezirksstation 4000—6000 Mk., 5000 Mk. Miethentschädigung; Vorsteher der Konsumstation und Redakteur des „Rheinischen Bauern“ 3500—5000 Mk. und 300 Mk. Miethentschädigung; die Chemiker in letzter Stelle 2500—3700 Mk. Vorsteher der Saatstelle 2000 bis 3700 Mk.; Sekretäre 1700—2700 Mk.; Chemische Assistenten 1500—2500 Mk.; Schreiber 1000—1600 Mk. Diener werden angestellt je nach Fähigkeit mit einem Anfangsgehalt von 400—800 Mk., steigend bis 1200 Mk. Gleichzeitig ist eine Pensionsordnung aufgestellt, nach welcher nach zehn Jahren bei Dienstunfähigkeit ein Ruhegehalt gezahlt werden soll, welches sich in dem Rahmen der für die Staatsbeamten gültigen Bestimmungen hält. — Das ist ein ganz netter Beamtenstab, und für die größeren Kirchenlichter auf eine anständige „Mästung“ aus „Bauerngroßchen“ — um im Jargon der Kaplanspresse zu reden. Die armen Wanderebner vom Bund der Landwirthe haben's freilich nicht so gut!

Hamburger Marktbericht.

Hamburg, 21. November.

Butter.	
I. Qualität	Mk. 112—119
II. Qualität	100—111
Ferner:	
Fehlerhafte und holst. Bauernbutter	95—100
Schlesm. und holst. Bauernbutter	78—84
Russische und ähnliche	100—108
Gallische	84—88
Spanische Waare	—
Amerikanische	—

Wasserdicht Lederfett

konservert vorzüglich und ist geruchlos.

Ferd. Kayser, Breitestraße 81.

Das Lagerhaus u. Expeditions-Geschäft
Fischergrube 52

empfiehlt sich zum Lagern und Nachsenden
aller Gegenstände prompt u. billig.

Fernsprecher 693.



Kontor: Arminstr. 29/31

Achtung! Kohlenarbeiter!

**Mitglieder-
Versammlung**

am Montag den 24. November

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

1. Kartellbericht.

2. Fragekasten

3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung! Schauerleute!

Versammlung

am Montag den 24. November

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Johannisstr. 50/52

Tages-Ordnung:

Kartellbericht. Weihnachts-eier. Fragekasten.

Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Ausspielen

von

**fetten Gänsen, Karpfen
und Rauchfleisch**

auf einem Ziehbillard

am Montag den 24. Nov. 1902.

Anfang 10 Uhr.

Sierzu ladet freundlichst ein

G. Buthmann, Glockengießerstr. 3.

Ausspielen

auf einem Ziehbillard

von

**fetten Gänsen, Karpfen
und Rauchfleisch**

am Sonntag den 23. November.

Einsatz 50 Pfg.

Sierzu ladet freundlichst ein

J. Stapelfeldt, Untertrave 68.

Arbeiter-Garderoben

für jeglichen Beruf

empfehlen in bekannter Güte billigst

Baurenfeind & Klempau

Mühlenstraße 34.

Paris.
Goldene
Medaille.

Die echten vor- und rückwärtsnähenden Gritzner-Nähmaschinen

Paris.
Goldene
Medaille.



für Fabrikanten, Handwerker und Familiengebrauch die zweckmäßigsten, weil im Gebrauch fast unverwundlich, in Konstruktion, Arbeitsleistung, ruhigen leichten Lauf und Schönheit des Stiches von keinem Fabrikat der Welt übertroffen, daher ihr seit über 30 Jahren bestehender Weltruf. Unterrichtskurse in allen Ausführungen der modernen Kunstnäherei im eigenen Atelier gratis. Auf Wunsch wird jede Maschine 8 Tage auf Probe gegeben 5 Jahre schriftliche Garantie.

Konstante fachmännische Bedienung. Bequeme Zahlungsbedingung.

Gritzner Comp. Nähmaschinen A.-G.

Generalvertreter:

O. Störzner, Lübeck, Fürstraße 54
Fernsprecher 1278.

5000 Stunden. Deutsches Reichspatent. 5000 Stunden.

Thener in der Anschaffung, dafür aber gut ist der

Gasglühstrumpf „Rubin“

Der Rubin-Strumpf kostet allerdings 70 Pfg. per Stück.

Der Rubin-Strumpf brennt dafür aber über 5000 Stunden.

Der Rubin-Strumpf hat große, lange andauernde tadellose Leuchtkraft.

Der Rubin-Strumpf spart durch seine Dauerhaftigkeit Lampengläser.

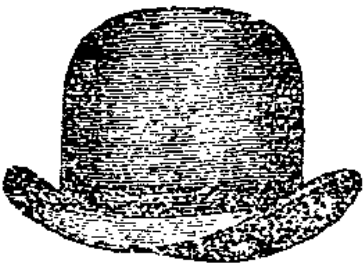
Der Rubin-Strumpf ist daher in Wirklichkeit sehr billig!

Der Rubin-Strumpf wird sich die Welt erobern.

Der Rubin-Strumpf ist zu haben bei

Otto Schweichler, Lübeck

General-Vertrieb für Lübeck, Fürstenthum Lübeck, beide Mecklenburg und für den Kreis Lauenburg.



E. Hirsekorn, Sandstraße 20,

empfiehlt sein Lager von

Hüten und Mützen

zu äußerst billigen Preisen.

Größtes Lager von Pelzwaren, eigenes Fabrikat.

Zum Weihnachtstisch

empfehlen:

**Bilderbücher,
Märchenbücher
etc. etc.**

in großer Auswahl.

Bilderbücher schon von 10 Pfg. an.

Für Vereine und Gewerkschaften, welche Kinderbescherungen veranstalten, sind obige Sachen besonders geeignet und gewähren denselben einen hohen Rabatt.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Johannisstraße 50.

Sämtliche Sachen sind auch durch unsere Kolporteurs zu beziehen.

Wall-Salle. Jeden Sonntag: **Tanz-Musik.**

Waisen-Hof. Morgen Sonntag: **Tanz.**

Central-Hallen Jeden Sonntag: **Gr. Tanz** in beiden Sälen.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.

Club Fidelitas.

Gesellschafts-Abend
am Sonntag den 23. November d. J. (38.)
im Concordia-Garten (F. Frabm).
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Um 7 1/2, 9 und 11 Uhr Quadrille à la cour.
Fremden-Einführung gestattet.
Der Vorstand.

Wakenitz-Bellevue.

Heute Sonntag:
Tanz-Kränzchen.
H. Furböter.

Louisenlust.

Jeden Sonntag:
Große Tanz-Musik.
W. Glöe.

Gesellschaftshaus Adlershort.

Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Concerthaus Flora

Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.
Max Siems.

Neu-Lauerhof.

Großes Tanzkränzchen.
Anfang 4 Uhr. Ende 12 Uhr.

Friedrich-Franz-Halle

Morgen Sonntag:
Familien-Kränzchen
Gustav Glöde.

Volks-Unterhaltung

Sonntag den 23. November
im Konzerthaus Fünshausen (unten).
Chorgefang 6 Uhr. Unterhaltungsabend 7 1/2 Uhr.
Eintritt 10 Pfg. Blattdeutsch ist d. Lösung.

Brauerei Jadenburg.

Sonntag den 23. November 1902:
Grosses Konzert.
Ausgeführt von der Vereinskapelle.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Panorama

(Hilfs Berlin, Passage)
Breitestrasse 53, 1. Stg.
Diese Woche interessante Reise im

Riesengebirge.

Jeden Tag von 10-1 und von 2-10 Uhr geöffnet.
Entree 30 Pfg., Kinder 20 Pfg., 5 Reisen 1 Pfl.

Einladung zum BALL

der
Tabakarbeiter Lübeck's
unter gütiger Mitwirkung der
Hedertafel der Tabakarbeiter
am Sonntag den 23. November
im Vereinshaus,
Johannisstraße Nr. 50-52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 50 Pfg.,
einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Comité.

Gesangverein „Eintracht“

BALL
am Sonntag den 30. November
im „Vereinshaus“
Johannisstraße 50/52.
Anfang 6 Uhr. Ende 2 Uhr.
Mitgliedskarten sind vorzulegen.
Der Vorstand.

Rudolph Karstadt, Lübeck

Grösste Auswahl am Platze.

Hervorragend billige Preise.

Unbedingte Garantie für erprobt solide Stoffe, vornehmen Sitz u. elegante Verarbeitung.

Herren-Buckskin-Jacket-Anzüge	von 10.50 bis 28.00 Mk.
Herren-Cheviot-Jacket-Anzüge	von 14.50 bis 48.50 Mk.
Herren-Kammgarn-Jacket-Anzüge	von 15.25 bis 56.00 Mk.
Herren-Kammgarn-Rock-Anzüge	von 24.50 bis 58.00 Mk.
Herren-Loden-Joppen, warm gefüttert,	von 3.50 bis 17.00 Mk.
Loden-Jagd- u. Haus-Joppen, auch mit Plüsch- und Pelz-Futter.	von 6.90 bis 33.50 Mk.
Herren-Eskimo-Winter-Paletots	von 9.50 bis 53.00 Mk.
Herren-Cheviot-Winter-Paletots	von 15.80 bis 62.50 Mk.

Sämtliche besseren Sachen sind auf Rosshaar gearbeitet und bieten vollkommenen Ersatz für Maass-Arbeit.

H. Schreiber
Zahntechniker,
Wahmstraße 8, 1. Etage.

Goldene u. silb. Uhren
gut und billig.

L. S. Baruch, Handelsreisender
Regimentstraße 35.

Uhren reinigen 1,50 Mk.
Federn einfügen 1,00 Mk.
1 Jahr Garantie
Uhrmacher, 1. Ordn., 30 Pfg.
Max Dawartz, u. Optiker,
Huxstraße 16.



Edele harte Kanarienvogel
mit schönem Nest und
Klingelkorn. Körner
und weiches Futter gebe
ab von 6 bis 20 Mk.
und höher. Auch Sand-
vögel, Dorschfinken,
Stärken, Heilige, Stieg-
litz etc.

W. Sien
6 Huxstraße 6
Lübeck

Feinste Vitello-Margarine
bester Butter-Ersatz
zu 80 Pfg.

Konrad Effland
Schnitzstraße 10.

Weitegete. Kinderdärme
kannstige Schwärze ganz und gewaschen,
Geflügel und Hühnerdärme, eiserne
Salzen zum Fleischputzen.

Ludw. Hartwig
Oberstraße 8.
Filiale: Kaiserstraße 69, 1. Etage
Huxstraße.

Etablissement „Kansa“
Züchstr. Nr. 21. Nahe beim Markt u. Bahnhof. Züchstr. Nr. 21.
Grosse bequeme Speisesäle. Parterre und 1. Etage.
Täglich großer bürgerlicher Mittagstisch von 11½—2½ Uhr, à Person 40, 50 und 60 Pfg.
Täglich großer Abendstisch von 6—9 Uhr à Person von 40 Pfg. an.

**Ausschank ff. hiesiger Tafel- und Lagerbiere,
Kaffee, Thee, Kakao, Bouillon etc.**

Bett-Inletts
garantirt federsticht,
Mtr. 40 Pfg., 50 Pfg., 75 Pfg., 90 Pfg. bis
3,00 Mk.

Bettfedern
prima feinstre Qualität,
Stück 40 Pfg., 50 Pfg., 75 Pfg., 95 Pfg.
bis 3,50 Mk.

Daunen und ½ Daunen
Stück 1,50, 2,20 bis 7,00 Mk.

Unterzeuge
Normal-Hemden von 90 Pfg. an.
Normal-Hosen von 75 Pfg. an.
Flanell-Hemden von 3,00 Mk. an.
Jagdwesten von 1,50 Mk. an.
Blau wollene Unterjacken
in allen Preislagen.

Arbeits-Garderoben
in größter Auswahl
empfehlen — für jeden Beruf —

Harry Dahm
Königstr. 91. Magazin für
Bettfedern, Daunen und fertige Betten.
Filiale bei: Bernhard Lemcke, Schönkampstraße Nr. 6.

**Stoppelman's
Kronen - Schirm**
ist der beste
und allerbilligste.
Nur eigenes Fabrikat.
Schirmsabrik
40 Huxstraße 40.



**Hut-Bazar
Huxstraße 40**



empfehlen
elegante
Wiener und
engl. Haar-
hüte. Spez.
in R. 2 50 u.
R. 3 00-Hüten
Gr. Auswahl

in Krabatitz. H. Stoppelman, Huxstr. 40.

Um damit zu räumen
verkaufe von heute an:

**Fahrrad-
Laternen**



(Acetylen, Del und Kerzen)
25—30 pCt. unterm Preis.

H. Benthien
Lübeck, Fackenbg. Allee 53.

Willy Koch,
Zahntechniker,
Lübeck, Holstenstr. 21,
künstliche Zähne und Gebisse,
Plomben etc.
Garantirt schmerzloses Zahnziehen.
Theilzahlung gestattet.

Große Auswahl
in
Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren
dauerhaft gearbeitet, billig

Paul Rehder's
Möbel-Magazin
Handstrasse No. 13.

**Kohlen,
Cokes und
Briquets**
zu billigsten Preisen.

F. J. Behm.
Lüchowstraße 13.

Soziales und Parteiliches.

Streiks und Lohnbewegungen. In Emmerich am Rhein haben 39 Klemperer der Firma Weitenstein die Kündigung eingereicht, weil die Akkordlöhne herabgesetzt und 8 Klemperern wegen ihrer Mitgliedschaft im Metallarbeiterverband gekündigt worden ist. Auch die übrigen Klemperer, welche darauf gekündigt haben, gehören dem Metallarbeiterverbande an. Sie ersuchen, weil der Unternehmer auswärts Ersatzkräfte sucht, auf die genannte Firma zu achten und den Bezug fernzuhalten. — Die Lohnforderungen der Hausweber der Meeraner Gegenbeschränkten sich auf etwa den Betrag, den diesen ärmsten Arbeiter für die verschiedenen Vorarbeiten, wie Spulen, Scheren usw. bezahlen müssen. Früher war dieser Betrag im Lohn mit enthalten, ist aber mit der Ausbreitung der Maschinenweberei und bei der Widerstandslosigkeit der Hausweber nach und nach abgezogen worden. Die Fabrikanten haben jetzt auch diese Forderung abgelehnt.

Die Gewerbegerichtswahlen in Mannheim. Wir haben bereits kurz gemeldet, daß die Wahlen mit einem glänzenden Erfolge für die freien Gewerkschaften abgeschlossen haben. Da die Neuwahlen nach dem System der Proportionalvertretung vorgenommen wurden, erhalten auf Grund des Stimmenverhältnisses (3012:884) die freien Gewerkschaften von den 33 Arbeitnehmersitz 25, die vereinigten christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften deren 8; von den Arbeitgeber-Sitz erhalten die freien Gewerkschaften 5, die Gegner 28.

Gemeindevahlen. Heiße Kämpfe um die Herrschaft in der Gemeinde spielen sich seit einigen Jahren in verschiedenen Vororten der russischen Haupt- und Fabrikstadt Gera ab. So in Unterhans, einer ehemaligen fürstlich russischen Hausdomäne. Dort stimmten jetzt von 671 eingetragenen Wählern 610 ab. Der Kampf ging um acht Mandate, von denen drei bisher sozialdemokratisch vertreten waren. Das Ergebnis war die Wahl von vier Sozialdemokraten und vier Gegnern. In Zwözen bei Gera stimmten sogar von 321 eingetragenen Wählern 307 ab. Zwar wurde kein Parteigenosse gewählt, doch brachten es unsere Kandidaten auf 141 bis 150 Stimmen, so daß sie bei der nächsten Wahl bestimmt auf den Sieg rechnen können. Hatten sie doch bei der vorigen Wahl nur 83 bis 109 Stimmen. In Gräfrath bei Solingen wurden alle drei Kandidaten unserer Partei so gut wie einstimmig gewählt. Sie erhielten 252, 253 und 255 Stimmen, die drei gegnerischen Kandidaten je 2 Stimmen. In Triberg in Baden fielen von den 10 Mandaten, um die gekämpft wurde, 9 unserer Partei zu.

Die beseitigte Ruhezeit der Gastwirthsgehülfen. In Hirschberg i. Schl. hatte der Hotelbesitzer Strauß einen Strafbefehl über 10 Mark erhalten, weil er zweien seiner Kellner nicht die vorgeschriebene Ruhezeit gewährt haben sollte. Er wurde vom Schöffengerichte freigesprochen, nachdem die beiden Kellner bezeugt hatten, daß ihnen die Ruhepausen gewährt worden waren, daß sie aber freiwillig darauf verzichtet hätten. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen dieses freisprechende Urtheil Berufung eingelegt, aber auch die Strafkammer des Landgerichts Stralberg erkannte auf Freisprechung. In der Begründung wurde ausgeführt, der Gesetgeber habe den Arbeitgeber nur zwingen wollen, den Gehilfen über 16 Jahren die Ruhepausen zu gewähren. Ob die Angestellten davon Gebrauch machen wollten, liege in ihrem Belieben. Das gehe auch aus dem Wortlaut der Verordnung hervor. Bei den jugendlichen Angestellten heiße es, die Ruhezeit „muss“ mindestens 9 Stunden betragen. Da dürften die Arbeitgeber also die Angestellten während der Ruhezeit unter keinen Umständen beschäftigen, auch wenn diese damit einverstanden seien. Bei den Angestellten über 16 Jahren heiße es, daß ihnen die vorgeschriebene Ruhezeit zu gewähren sei. Es genüge also, wenn der Arbeitgeber die

Ruhezeit „gewähre“. Die Angestellten selbst aber könnten bestimmen, wie weit sie davon Gebrauch machen wollten und müßten. Mit dieser Auslegung erklärte sich die Staatsanwaltschaft nicht einverstanden. Sie legte deshalb Revision ein. Jetzt hat nun das Ober-Landesgericht Breslau die Revision verworfen und sich der Entscheidung der Vorinstanzen angeschlossen. Damit ist die Angelegenheit, die für alle Gast- und Schankwirth von allergrößtem Interesse ist, zunächst für die Provinz Schlesien dahin entschieden, daß die Ruhezeit nur „zu gewähren“ ist. — Der Vorgang zeigt, einer wie außerordentlichen Vorsicht es bedarf, um Gesetze und Verordnungen so zu fassen, daß sie der Auslegungskunst der Juristen keinen Spielraum lassen. Es wird nun wohl, um einer verschiedenen Anwendung der betr. Bestimmung in den einzelnen Provinzen vorzubeugen, nichts anderes übrig bleiben, als durch einen Nachtrag zu der Verordnung eine authentische Interpretation zu geben.

Lübeck und Nachbargebiete.

Sonntag, den 22. November 1902.

Dem Bürgerausschuß lagen in seiner letzten Sitzung außer dem von uns bereits erörterten Senatsantrag auf Bewilligung eines Darlehens an den gemeinnützigen Bauverein noch zwei weitere Anträge vor. Zunächst handelte es sich um die Festsetzung des Gehaltes des Direktors der Gewerbeschule und der Baugewerbeschule. Seitens des Senats war beantragt worden, das Gehalt auf 7800 Mk., steigend bis zu 9800 Mk., festzusetzen. Eine vom Bürgerausschuß eingesetzte Kommission wollte jedoch von dem Anfangs- und Höchstgehalte 300 Mk. streichen. Der Bürgerausschuß schloß sich dieser Ansicht an und empfahl der Bürgerkammer, das Gehalt auf 7500 Mk. steigend bis zu 9500 Mk., festzusetzen. Der Senatsantrag fiel also unter den Tisch. — Ferner wurde der Bau einer Kampe beim Allgemeinen Krankenhaus dem Senatsantrag entsprechend genehmigt; gleichzeitig sprach der Bürgerausschuß aber auch die gewerbliche Erwartung aus, daß weitere, im Krankenhaus erforderliche Bauten recht bald in Angriff genommen würden.

Eine Aufbesserung ihrer Gehälter streben nunmehr auch die Beamten der Lübeck-Büchener Eisenbahn-Gesellschaft an. Sie haben nämlich eine Eingabe an die Direktion um eine den heutigen theuren Zeiten entsprechende Gehaltserhöhung für das gesammte Stations-, Fahr- und Bureaupersonal gerichtet. Wenn man in Betracht zieht, daß sich die preussischen Bahnbeamten hinsichtlich ihrer Gehälter besser stellen, als obige Beamtenkategorie, und daß ferner in diesem Jahre eine allgemeine Aufbesserung der Gehälter der hiesigen Staatsbeamten erfolgt ist, dann kann man nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß die Direktion dieser Eingabe entsprechen möge. Hoffentlich aber weicht sie insofern von dem Gehaltsregulierungsmodus des Lübeckischen Staates ab, als sie nicht, wie dieser, den höheren Beamten eine verhältnismäßig größere Gehaltszulage giebt, wie den unteren Beamten. Möge sie vielmehr bei dieser Regulierung etwaige Härten in der Gehaltskala ausgleichen und im Uebrigen für alle Beamten einen gleichen Prozentsatz an Gehaltserhöhung bewilligen. — Immerhin aber ist aus dem Vorgehen der Beamten ersichtlich, daß sie denn doch nicht mit ihren Verhältnissen so sehr zufrieden sind, wie es von manchen Seiten immer behauptet wird.

Gewerbegericht. Am Donnerstag standen nicht weniger als sechs Sachen zur Verhandlung; eine war jedoch vor dem Termin erledigt worden. Zunächst klagte der Tischler D. gegen den Milchfuhrmann B. Der Sohn des Ersteren war vom 15. Oktober v. J. bis zum 15. Oktober d. J. gegen 10 Mk. Monatslohn beim Beklagten als Knecht in Stellung. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses hat nun der Beklagte die gesammten Kranken-Versicherungsbeiträge für das Jahr mit 10,45 Mk. in Anrechnung gebracht, während er doch nur das Krankengeld für die beiden letzten Monate mit 1,74 Mk. abziehen durfte. Im Termin wurde Beklagter seinem Unrechtentzug gemäß zur Zahlung der Differenz mit 8,71 Mk. verurtheilt. — Der Zimmerer K. klagte sodann gegen den Bauunternehmer

Sch. auf Wiedereinstellung in die Arbeit resp. Zahlung einer Entschädigung. Die Klage stützt sich auf folgende Punkte: Kläger stand seit dem 20. Oktober gegen einen Stundenlohn beim Beklagten in Arbeit. Am 14. Noobr. wurde er jedoch ohne Kündigung entlassen. Da nun über die Kündigung nichts abgemacht worden war, so mußte nach Ansicht des Klägers eine 14tägige Kündigungsfrist zur Anwendung gelangen, insbesondere, da die Bestimmungen der „Bauhütte“, nach welchen Kündigung ausgeschlossen ist, hier infolge der Nichtzugehörigkeit des Beklagten zur Innung keine Geltung habe. Das Gericht wies jedoch den Kläger mit seiner Klage ab, da die hier im Allgemeinen geltenden Bestimmungen in der Baubranche auch in diesem Falle zuträfen. Nach diesen Bestimmungen aber sei usancegemäß die Kündigung ausgeschlossen. Von Kostenerhebung wurde Abstand genommen. — Der beim Mühlentischer W. beschäftigt gewesene Müller B. war am 17. November vorzeitig entlassen worden, weil er sich weigerte, nach beendigter Nachschicht noch das Schärren zu besorgen. Der Kläger hatte am vorhergehenden Sonntag gekündigt und glaubte, nun nicht mehr zur Verrichtung von Nebenstunden verpflichtet gewesen zu sein. Das Gericht sah das Verhalten des Klägers als Arbeitsverweigerung an und wies ihn mit seiner Klage ab. — Mit einem Vergleich endigte die Klage des Tischlers D. gegen die Möbelfabrikanten Gebr. W. Ersterer, der bereits seit 2 Jahren bei Beklagten in Arbeit gestanden hatte, war seit dem 18. Oktober mit dem Anfertigen eines Bücherchranks zum Akkordlohn von 170 Mk. beschäftigt. Am 12. November wurde er jedoch ohne stichhaltigen Grund entlassen, nachdem er auf die Arbeit 85,31 Mk. erhalten hatte. Auf Grund der Arbeitsordnung erhob er nun Schadenersatzklage. Nach längerer Verhandlung einigten sich die Parteien auf Zahlung von 15 Mk. — Eine weitere Sache wurde zwecks Beweis-erhebung vertagt.

Apollo-Theater. Aus dem Bureau schreibt man uns: Sonnabend beginnen auf dieser Spezialitäten-Bühne wieder die Vorstellungen. Direktor Heinrich Kalnberg hat eine ganz neue Richtung eingeschlagen und betitelt dieselbe das „Variete der Zukunft“. Diese neue Einrichtung, welche in allen Großstädten viel Anklang gefunden hat, dürfte auch hier viel von sich reden machen. Von den Spezialitäten nennen wir Matthieu mit seinem einzig dastehenden elektrischen Sensationsakt; diese eigenartige Nummer ist als Hauptattraktion für den diesjährigen Hamburger Dom verpflichtet. Eine neue Darbietung bringt auch der Keulenmanipulator Mr. Cronan. Am Sonntag finden 2 Vorstellungen statt und hat um 4 Uhr jeder Erwachsene ein Kind frei. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß diese Künstler-Serie nur 9 Tage in Lübeck verbleibt.

Vom Hafen. In der verfloffenen Woche gelangten auf dem Seewege 33 Dampfer und 5 Segler und auf dem Kanalwege 30 Fahrzeuge nach hier. 9 Seeschiffe hatten Holz und ein Kohlen geladen. Im lebendem Schiffsverkehr wurden 51 Rinder und 4 Schafe seewärts eingeführt. — Infolge des eingetretenen Frostes stockt die Segelschiffahrt; ein Theil der Segelschiffe sind nach ihrem Heimathshafen abgegangen, während ein anderer Theil in hiesigen Hafen überwintern wird. Bisher liegen zehn Schiffe hier im Winterquartier.

Samburg. Schuzmannseide und Juristenlogik. In einer Streitpostensache vor dem Schöffengericht jagte der Polizeiwachtmeister Lüneburg unter Eid aus, der Angeeschuldigte, ein Zimmerer, habe als Streitposten den außerordentlich starken Berkehr gehindert und sei deshalb fortgewiesen worden, habe dieser Anordnung aber nicht Folge geleistet. Auf die Frage des Vertheidigers, ob denn zu der Zeit der Aufforderung wirklich Berkehr geherrscht habe, erklärt der Wachtmeister Lüneburg: Ja, es habe außerordentlich starker Berkehr geherrscht, und der Angeeschuldigte habe demselben hindernd im Wege gestanden! Nun trat ein Kollege des Herrn Wachtmeisters als Zeuge auf, der Polizeibeamte Romaczki, und befundete auf Befragen des Vertheidigers: Berkehr habe in dem Moment der Aufforderung auf dem Hannover'schen Platz nicht geherrscht. Der Angeeschuldigte habe ganz allein gestanden. Trotzdem verurtheilte das Gericht den Angeeschuldigten auf den klaffischen Schuzmannseide des Wachtmeisters Lüneburg hin zu Geldstrafe

In den Mienen.

Roman von R. Dith.

35. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Seine Worte klangen wie fernhin rollender Donner. Er war imponierend trotz seiner Zwerggestalt. Aber was in seinen Augen sprühte und flackerte, war doch vielleicht noch etwas anderes, als die leidenschaftliche Begeisterung des Fanatikers. Es war vielleicht schon die aufhängelnde Blut des Wahnsinns, und besser als bisher begriff Dougherty, weshalb das Verneinungswort der Molly Maguire durch so viel vergossenes Menschenblut gekennzeichnet war.

„Wenn Sie der Urheber der Bewegung sind, in deren Dienst auch ich meine geringe Kraft gestellt habe,“ sagte er, „so ist Ihnen schon Großes gelungen. Führen Sie das Werk zu Ende, und die ganze irische Nation wird Sie als ihren Befreier feiern.“

„Ich werde es zu Ende führen. Aber warum nennst Du mich Sie? Sind wir nicht Brüder?“

„Und Dein Name? Wie soll ich Dich anreden, wenn ich ihn nicht kenne?“

„Frank O'Brien. Noch ist er ein Geheimniß, ein unbekannter, dunkler Name — ein Nichts. Aber es gab eine Zeit, da auch der Name Bonaparte nicht mehr war als das. Eine winzige Spanne nur, und die Welt erzitterte bei seinem Klang.“

Er strich sich das Haar aus der Stirn und sagte dann in einem veränderten Ton mit einem Anflug von Heiterkeit, die ihm indessen seltsam genug zu Gesicht stand: „Man erzählt mir, Du hättest den Stein der Weisen gefunden und könntest die Millionen aus der Erde stampfen. Wenn es sich so verhält, hat uns der Himmel in Dir den Mann geschickt, dessen wir eben jetzt am dringendsten bedürfen. Denn unsere Kassen sind leer, und ich brauche Geld, viel Geld, um auch den letzten Entscheidungskampf gegen unsere

Unterdrücker siegreich durchzuführen. Kannst Du es mir verschaffen?“

„Wenn man mir Zeit läßt, mich mit meinen Freunden in Verbindung zu setzen, und wenn die von ihnen ausgegebenen Banknoten genügen — ja.“

„Ich denke, daß sie genügen. Drei Sachverständige, denen ich Deine Fehndollarnote zur Prüfung übergab, erklärten sie für echt und der vierte erst entdeckte den kleinen Zeichenfehler, der ein Erkennen der Fälschung möglich machen könnte. Aber man theilte mir mit, auch dieser würde noch beseitigt werden.“

„So ist es. Die Stücke, die in etwa vier Wochen fertig sein werden, sollen ohne Tadel sein.“

„Gut! Ich erwarte also binnen heute und einem Monat hunderttausend Dollars von Dir zu erhalten. Werden Deine Freunde, deren Namen Du nicht nennen willst, eine Gegenleistung dafür verlangen?“

„Ich selbst knüpfe die Erfüllung Deines Wunsches an eine Bedingung.“

Auf der Stirn des Kleinen zeigte sich eine Falte. „Ich pflege mir von einem Molly Maguire keine Bedingungen machen zu lassen, Henry Dougherty.“

„Sage das denen, die Deinen Befehlen blindlings gehorchen müssen. Ich bin ein freier Mann und diene der Sache — nicht Dir.“

Die sprühenden Augen wandten sich ihm zu, als ob sie ihn versengen wollten. Aber O'Brien konnte noch nicht vergessen haben, was er selbst erst vor wenigen Minuten gesprochen, und so bezwang er seinen aufflammenden Unwillen.

„Laß hören.“

„Ich kenne die Stimmung unter den Molly Maguires wahrscheinlich besser als Du, denn ich habe ja Gelegenheit, mich Tag für Tag unter ihnen zu bewegen. Und ich weiß, daß der Geist einer gefährlichen Unzufriedenheit in den Gruppen umgeht — ein Geist, der vor allem gekannt

werden muß, ehe neue entscheidende Thaten geplant werden können.“

„Davon hat man mir bisher nichts gesagt. Was für ein Geist der Unzufriedenheit ist das, und wodurch wurde er heraufbeschworen?“

„Dadurch, daß seit langem niemand mehr für geleistete Dienste die Belohnung erhalten hat, auf die er sich Hoffnung gemacht. Man fängt an zu glauben, daß die Leitung des Ordens nicht die Macht oder nicht den Willen hat, ihren Pflichten gegen den einzelnen nachzukommen. Du aber solltest die eine Vermuthung so wenig aufkommen lassen als die andere.“

„Ah, diese Bestien!“ knirschte O'Brien. „Also nur um Geld wollen sie thun, was sie für ihre und ihrer Kinder Freiheit mit freudigem Herzen thun sollten.“

„Es ist nun einmal nicht anders, O'Brien. Man hat das System der Belohnungen für hervorragende Thaten einmal eingeführt, und ich meine, daß es zu früh ist, es aufzugeben. Denn es ist ein gutes System, das uns sicherer als jedes andere willige Werkzeuge schafft, wenn wir ihrer bedürfen.“

„Sei es denn! Bringe mir Geld, und ich werde es an Bezahlung für die Bestien, die danach verlangen, nicht fehlen lassen.“

„Auch für diejenigen nicht, in deren Schuld sich der Orden gewissermaßen bereits befindet — nicht wahr? Mein Vorschlag ist, daß wir von den Vorstehern der Gruppen ein genaues Verzeichniß aller derer aufstellen lassen, die sich besondere Verdienste um den Orden erworben haben, sei es, indem sie das Urtheil an einem unserer Feinde vollstreckten, sei es, indem sie durch die Beförderung feindlichen Eigenthums Furcht und Schrecken verbreiteten. Damit erfahren wir zugleich, welches die Männer sind, auf die wir uns im Nothfall verlassen dürfen, und ich sollte meinen, eine solche Liste müßte für den Leiter des Ordens von unschätzbarem Werthe sein.“

Warum auch nicht? Wenn auch kein Verkehr herrscht, so hindern Streikposten trotzdem den Verkehr. Und wenn die Zahl der Bauten sich verdoppelt, so herrscht deshalb noch lange keine günstige Baukonjunktur. — Das ist Juristenlogik!

Hamburg. Ueber eine Vertretung des Kleinhandels schweben in Hamburg seit über einem Jahre Verhandlungen zwischen dem Senat und der Bürgerchaft. Der Senat hat die neue Einrichtung „Kleinhandelskammer“ genannt. Gegen diesen Ausdruck haben sich die Vertreter des Kleinhandels mit aller Entschiedenheit erklärt, da sie fürchten, daß die Kleinhandelskammer für minderwertig im Vergleich zu der eigentlichen Handelskammer gehalten werden könne. In Folge dessen hat die Bürgerchaft die neue Einrichtung umgetauft in „Detailistenkammer“. Der Senat hat die Aufnahme dieses Fremdwortes abgelehnt. In der wiederholten Beratung hat der bürgerchaftliche Ausschuss indessen sich für die Beibehaltung des Ausdrucks „Detailistenkammer“ erklärt. Sodann wünscht die Bürgerchaft, daß den Mitgliedern der neuen Kammer gleich denjenigen der Handels- und der Gewerbestammer die Eigenschaft als Notable verliehen wäre, damit sie zur Theilnahme bei den Notablenwahlen befugt wären. — Und wie ist es mit der gewiß notwendigen Vertretung der Arbeiterchaft?

Schleswig. Polizei und Militärbehörde verschaffen der Arbeiterchaft ein Lokal. Man hat immer geglaubt, die Militärbehörde verhängte aus eigener Initiative über solche Lokale, in denen Arbeitervergütungen abgehalten werden, den Boykott. Für Schleswig trifft das nicht zu, hier ist es die städtische Polizei, welche es veranlaßt, daß die Bürger und Steuerzahler auf solche Weise wirtschaftlich geschädigt werden. Frau Albers, die Wirthin des Restaurants „Zum Hohenzollern“, hat nämlich vom Garnisonkommando folgendes Schreiben erhalten:

Schleswig, 13. 11. 1902.

An Frau Louise Albers,

Hier.

Das königl. Garnisonkommando theilt Ihnen in Erwiderung auf Ihr geistiges Schreiben mit, daß seitens der hiesigen Polizeibehörde dem königl. Garnisonkommando mitgetheilt worden ist, daß in Ihrem Lokal „Zum Hohenzollern“ der Radfahrerverein „Vorwärts“ verkehrt, an dessen Spitze bekannte Führer der hiesigen Sozialdemokraten stehen. Da das königl. Garnisonkommando der Ansicht ist, daß Militärpersonen Lokale, in denen sozialdemokratische Vereine verkehren, auf das Strengste zu meiden haben, ist die über Ihr Lokal „Zum Hohenzollern“ verhängte Militärsperrung nicht aufgehoben und bleibt bis auf Weiteres bestehen.

Auf Befehl:

Major zu Hanau,

Leutnant und Adjutant beim Garnisonkommando.

Frau Albers hat daraufhin ihr Lokal der Arbeiterchaft zur Verfügung gestellt. Das war auch angesichts der ganzen Sachlage das einzig vernünftige, was die Frau thun konnte. Bemerkenswert ist übrigens noch, daß der Radfahrerverein „Vorwärts“ mit der Sozialdemokratie absolut in gar keinem Zusammenhang steht. Nach Ansicht der Militärbehörde aber genügt schon die Mitgliedschaft eines Sozialdemokraten, um eine beliebige Organisation zur sozialdemokratischen zu stempeln.

Schwern. Zum Böhmer Eisenbahnunglück. Ueber die finanzielle Tragweite des am Mittag des 5. Juli zu Böhmen stattgefundenen Eisenbahnunglücks, durch welches bekanntlich u. A. auch eine Lübecker Familie in tiefe Trauer veretzt wurde, macht nunmehr ein mecklenburg-schwernisches Heftblatt an den Landtag nähere Mittheilungen. Nach demselben beträgt der Materialschaden nur 12875 Mark, die bisher gezahlte Entschädigung für Verletzte 13643 Mark. Aber die Gesamtschadehöhe der an die 47 Verheiligten zu zahlenden Entschädigung ist — noch nicht abzusehen. Sie wird jedenfalls sehr beträchtlich sein, da eine Zahl der Schwerverletzten ziemlich Renten beanspruchen wird.

Aus Nah und Fern

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Dortmund der Maurer A. Bönner zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt. — Ein Ende September in sehr betrübtem Zustande seinem Kollegen Strohsalt die Lyrette los. Da man glaubt, er habe sie stehlen wollen, wurde ein Bändchen herbeigeholt, der zur Verhaftung schritt. Auf dem Wege nun hat er die Beleidigungen fallen lassen. Im Termin gab er an, er habe betrunken gewesen zu sein, daß er sich auf nichts bekümmern könne.

Um Soldatenmißhandlungen vorzubeugen, hat der kommandirende General des 18. Armeekorps, General

„Der Gedanke ist gut,“ sagte O'Brien nach kurzen Ueberlegen. „Aber ich nehme Deine Verbindung an, vorausgesetzt, daß du selbst jene Verhältnisse beschiffst.“

„Gib mir eine Schrift, die mich bei den Gruppenvorlesern legitimirt, und ich werde von einer zur anderen ziehen, um die Namen dieser Leute zu erfahren, die wir belohnen müssen. Ja, einige dieser Leute kann es geben sein.“

„Es soll geschehen. Man klopft — das ist Donahue. Was hast du jetzt? Und was zwischen uns gesprochen worden ist, wird keiner von den anderen erfahren.“

„Keiner — mein Wort darauf.“

„Es ist ja und sage Donahue, die Konvention möge ihre Sitzung beginnen. Ich werde erscheinen, nachdem ich des Schicksals für Dich angeht habe. Geht!“

„Hast Du heute was Neues?“ rief ihm Dougherty auf der Konvention zu. „Wahrscheinlich wirst Du ein Schreiben von Spauld County erhalten worden war und seitdem er jene Raubzüge durch den Wissenschaftler angetrieben hatte. Der Hauptführer des Staatsdeputierten hatte ihm bei der Gruppenvorlesung die respektvollste Rücksicht verschafft, und mit großer Bereitwilligkeit war man überall auf seine Wünsche eingegangen.“

„Ja, ich habe ein interessantes Gespräch mit dem Namen der Gruppe gehabt, und es ist ein sehr interessanter Bericht erhalten worden, und da Dougherty darauf bestanden hatte, daß die von ihm berichteten Thatsachen mit Angabe aller Umstände und begleitenden Umständen in den Akten verzeichnet werden, so hatte er innerhalb dieser kurzen Zeit bereits ein sehr interessantes und für seine Zwecke äußerst werthvolles Material zusammengebracht.“

der Infanterie v. Lindequist, neuerdings eine Verfügung erlassen, welche besonders für die Ausbildung der Rekruten in Betracht kommt. In dieser Verfügung wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die zur Ausbildung kommandirten Unteroffiziere während des Dienstes sich drei Schritte von den Mannschaften fernzuhalten haben. Der die Aufsicht führende Offizier hat streng auf die Befolgung dieser Bestimmung zu achten. Es wäre wünschenswert, wenn bei sämtlichen Truppentheilen eine derartige Bestimmung getroffen würde, vielleicht werden die Rekrutenmißhandlungen dann wenigstens etwas eingedämmt.

Die Massage-Kuren der „Madame Leontine“ beschäftigten am Donnerstag die 9. Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Frau Leontine Pokorny, die sich wegen Kuppelerei zu verantworten hatte, ist aus Oesterreich nach Berlin gekommen und betreibt hier das Geschäft als „Masseuse“ und „Manicure“. Seit April 1899 hat sie verschiedene Wohnungen in der Fägerstraße und Friedrichstraße innegehabt und sich Kundschaft durch Inserate gesucht. Gleichzeitig suchte und fand sie durch Inserate junge Mädchen als Assistentinnen, die nicht mehr unverdorben waren und bisweilen von weither, aus Italien, Wien u. bezogen wurden. Die Mädchen erhielten monatlich bis zu 60 Mark und freie Station und mußten ihr bei der Massage von Männern, die ausschließlich die Kundschaft der Angeklagten bildeten, Hilfe leisten und später selbst massiren. Die Angeklagte soll die „Assistentinnen“ in einer Weise benutzt haben, daß dies als Unzucht anzusehen ist. Das Treiben in den Räumen der Angeklagten ist dadurch zur Kenntniß der Kriminalpolizei gekommen, daß diese Beauftragte, die sich massiren lassen mußten, zur Angeklagten schickten. Der Gerichtshof erkannte auf fünf Monate Gefängnis unter Anrechnung von zwei Monaten Unterjuchungshaft.

Der Leutnant als Sittlichkeitsverbesserer. Ueber die Verhandlung vor dem Kriegsgericht der 8. Division in Halle a. S. gegen Leutnant Heinz v. Derken von den Bismarck-Kirchzügen wegen Nothzucht ist noch zu berichten, daß der Straffall aus dem letzten Wanderverstehung stammt, während dessen der Angeklagte bei einem Arzte in Löbjuun einquartirt war. Die Verhandlung dauerte von 9 bis 3 Uhr, da 15 Zeugen zu vernahmen waren. Der strafbare Angriff war gegen das Dienstmädchen des Quartiergebers Derkens gerichtet gewesen, und dieses erschien als erste Zeugin. Vor Bekanntgabe der Personalien des Angeklagten wurde die Deffinitivität ausgeschlossen und zwar für die ganze Dauer der Verhandlung. Dann wurde in öffentlicher Sitzung das wegen verführter Nothzucht auf vier Monate Gefängnis und Dienstentziehung lautende Urtheil verkündet. Die Begründung wurde aber wiederum in die geschlossene Sitzung verwiesen.

Die Schwandelaftäre der Humberts ist für mehrere französische Beamte verhängnißvoll geworden. Präsident Douhet unterzeichnete am Dienstag ein Dekret, durch welches der Untersuchungsrichter Demercier, welcher die Untersuchung in der Humbert-Angelegenheit führte, jenes Amtes entsetzt wird, sowie ein Dekret, durch welches der Souschef der Sicherheitspolizei in Paris Humbert zum Chef dieser Behörde ernannt wird. Der frühere Polizeichef Gochet und der Untersuchungsrichter Demercier müssen entweder kolossale Dummköpfe sein, die die Humberts entwisphen ließen, oder aber, und dieser Verdacht liegt noch näher, von den Humberts bestochen.

Schreckliche Leiden Schiffbrüchiger. Der „Daily Mail“ wird aus Wellington (Neuseeland) gemeldet: Die vom Kriegsschiff „Penguin“ auf einem Flosse gefundenen acht Ueberlebenden vom gescheiterten Dampfer „Glingamite“ geben zu, daß einige von ihnen, da ihr Verstand durch Hunger und Durst getrübt war, gegenseitig ihr Blut tranken. Es geschah meistens nach gegenseitiger Einwilligung. Zwei Personen rieben gegenseitig ihre Haut und jagten gleichzeitig Blut ein. Diejenigen, welche sich dem Verbrechen nicht unterwerfen wollten, wurden schliefend ergezapft. Die Stewardess, welche während des Scheiterns des Schiffes und nachher besonderen Muth zeigte, soll infolge des Blutverlustes, den sie auf diese Weise erlitten hatte, gestorben sein. Dieses Verbrechen der Ueberlebenden wird für unentschuldigbar gehalten, da sie nur vier und einen halben Tag auf dem Flosse waren.

Auf dem Ball. Der „Lokal-Anzeiger“ meldet aus Petersburg: Am letzten Sonnabend kam es zu bemerkenswerthen Demonstrationen gelegentlich eines großen Balles in den Räumen der Adelsversammlung. Das Fest war von mehreren Tausend Personen besetzt. Im Laufe des Abends kam eine

Der Abrede gemäß hatte er eine von ihm selbst genommene Abschrift jener Listen sogleich an O'Brien abgehändigt; die von der Hand der einzelnen Sekretäre herrührenden und von den Vorlesern beglaubigten Originale aber hatte er dem Polizeikapitän Gowen eingehändigt, mit dem er zweimal an vorher vereinbarten Plätzen zusammengetroffen war.

Jetzt hatte er nur noch einen kleinen Theil des Mienengebietes, die Gegend um Francon und Tamaqua, zu bereisen, und er würde damit im Verlauf einer weiteren Woche zu Ende gekommen sein, wenn ihn nicht ein unvorhergesehenes Zwischenfall gezwungen hätte, sich am zehnten Tage nach Pittston zu begeben, einer kleinen, vorwiegend von Arbeiterleuten bewohnten Stadt, die den Endpunkt der von Pittsville über Mahanoy City führenden Eisenbahnlinie bildet.

Der Anlaß dazu war ein Brief Daisys, der ihm in Easton durch den Vorstand der dortigen Gruppe übergeben worden war, und den er nicht unberücksichtigt lassen durfte, da er bei der Verhaftung der Abhandlung seinen Empfang nicht hätte leugnen können. Das Schreiben lautete:

„Geliebter! Ein Freund, der bei mir eintraf, hat mir berichtet, daß Du gestern in Easton gewesen bist und die Absicht ausgesprochen hast, nach Easton zu gehen. Ich habe diesen Brief deshalb durch einen jüngeren Boten dorthin und hier geschickt, daß er richtig in Deine Hände gelangt. Ich mag Dir schreiben und mag Dich an einem der nächsten Tage sprechen, wenn mich nicht diese schreckliche Ungewißheit noch ganz am Verstand bringen soll.“

Seit einer Woche schon bin ich aus Philadelphia zurück. Es habe ich mich dort länger, obwohl ich mir vorge-

Anzahl von Studenten und Studentinnen von der Galerie herab und sang dabei den bekannten orthodoxen Kirchen-gesang „Ewiges Gedenten“ zum Andenken an den Märtyrer des Ministers des Innern. Es entstand ein großer Tumult. Die Polizei zeigte sich sofort und nahm einige Verhaftungen der Hauptankliger vor. Einige Offiziere, die dem Halle beizuhören, wurden insulirt. Man versuchte, das elektrische Licht abzudrehen, was aber mißlang. Die Verhafteten sollen streng bestraft werden. Man befürchtet, daß dieser Vorgang nur den Anfang zu neuen Unruhen bildet.

Eine dreitägige furchtbare Feuerbrunst zerstörte die persische Handelsstadt Meshk. 1500 Häuser und viele Waarenmagazine sind niedergebrannt. 200 Menschen sind umgekommen. Hilfe mangelte gänzlich.

Die Vulkanausbrüche in Westindien. Ein vom 23. Oktober datirtes und an Chamberlain gerichtetes Telegramm des Gouverneurs der Inseln über dem Winde, welches jetzt vom englischen Kolonialrath veröffentlicht wird, berichtet: Da durch die Vulkanausbrüche vom 15. und 16. Oktober die Verheerungen ein noch größeres Landgebiet in Mitleidenschaft gezogen haben, ist eine gänzliche Räumung der Stadt Georgetown, die gegenwärtig von den Einwohnern verlassen ist, ernstlich in Betracht zu ziehen. Es ist zweifelhaft, ob überhaupt ein Theil der Insel St. Vincent außerhalb des Bereiches der durch den Vulkan drohenden Gefahr liegt.

Lübecker Stadttheater.

Tannhäuser, große romantische Oper in 3 Akten von R. Wagner. Es soll heute nicht unsere Aufgabe sein, über die vielen Schönheiten der Musik „Tannhäuser“, über die Absichten und Ansichten, die Wagner bei Schaffung dieses unvergänglichen Werkes leiteten, längere Ausführungen zu machen, sondern es mag hier nur Einiges über die Wiedergabe am Donnerstag auf unserer Bühne Platz finden. In „Tannhäuser“ spiegeln sich zwei Weltanschauungen wieder, deren Hauptträger einerseits Tannhäuser, andererseits Wolfram von Eschenbach sind; beide Charaktere werden durch die Musik treffend illustriert und auch die Singschule beider Partien ist ihren psychischen Eigenschaften entsprechend. Der sinnliche, genießende Tannhäuser ist für einen stählernen Tenor geschrieben, während der platonische, anbetende Wolfram durch eine weiche Baritonstimme wiedergegeben werden soll. Herr Malten ist nun — erfreulicherweise möchte man sagen — nicht mit einem Organ versehen, das alles besitzt, was vom Tannhäuser verlangt wird; vielmehr klingt es weich und stellenweise etwas verschleiert. Dadurch verliert aber der von ihm wiedergegebene Charakter an Schärfe und Klarheit. Ferner kommt noch hinzu, daß eine leichte Ermüdung der Stimme in den ersten Akten den Sänger nicht zur vollen Entfaltung seiner Mittel kommen ließ. Die große Erzählung von der Pilgerfahrt im letzten Aufzuge hingegen gelang ihm recht gut. In der Darstellung bot der Künstler eine interessante Leistung. Dem Wolfram von Eschenbach sieht Herr Franke seinen machtvollen und doch so sympathischen Bariton. Bereits bei der Begrüßung Tannhäusers erlangt er sich die Gunst der Zuhörer; dieselbe steigerte sich bei dem Sängerkrieg, deren thätigster Sieger Wolfram unstreitig war. Mit tiefer Empfindung vorgetragen wurde auch das Lied an den Abendstern. Auf der gleichen bedeutenden Höhe, wie sein Gesang, hielt sich auch sein ausdrucksvolles Spiel. Eine Elisabeth, so innig und jungfräulich liebrend in ihrem Wesen, wie Frau Kurt gab, dürfte man nicht gerade häufig in Lübeck zu sehen und zu hören bekommen. Dabei ertönte ihr Gesang in kräftiger, bezaubernder Schönheit. Herr Scholz verkörperte den Landgrafen recht würdig in jeder Beziehung. Den Walthar von der Vogelweide sang Herr Brischke ansprechend, ebenso den Birtenknaben Frau. Salla. Frau Venus erfuhr durch Frau. Salla eine sehr annehmbare Wiedergabe, die durch die anmuthige Erscheinung der Dame noch gegeben wurde. Die prächtigen Chöre waren durchweg sauber einstudirt und wurden gut zur Ausführung gebracht. Daß die Vorstellung einen so erfreulichen Verlauf nahm, ist wohl in erster Linie auf das Konto des Herrn Kapellmeisters Trummer zu setzen. Derselbe brachte, eifrig unterstützt von seinem Orchester, die herrliche Musik zu vollster Wirkung. Die szenische Ausstattung war prächtig; namentlich die Venusberg-Grotte bot ein entzückendes Bild. Unausprechbar war uns nur der Grund, weshalb im letzten Akt die Gegend sich gegenüber dem ersten, der bekanntlich an derselben Stelle spielt, verändert hatte. Das Haus war gut besucht, und daß die Anwesenden von dem Gebotenen sehr befriedigt waren, bewies ihr reiches Beifall.

Correspondenz-Redaktion für den gesamten Jahrest der Zeitung mit Anzeigebureau der Reichs- „Ständ und Reichsgebiete“, sowie der mit J. St. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verleger: Theodor Schwarz Druck von Friedr. Neher & Co. — Geschäftlich in Lübeck